

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 47. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am  
25.09.2013**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 14:00 Uhr bis 20:28 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

## Anwesend sind:

Herr Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Herr Harald Bartl	parteilos	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	ab 14:20 Uhr
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Lothar Dieringer	parteilos	ab 16:43 Uhr
Herr Roland Hildebrandt	CDU	ab 14:35 Uhr bis 19:30 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	ab 14:52 Uhr
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	ab 14:10 Uhr
Herr Michael Sprung	CDU	bis 20:36 Uhr
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE	ab 14:04 Uhr bis 18:30 Uhr
Frau Birgit Leibrich	parteilos	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE	ab 18:11 Uhr
Herr Rudenz Schramm	parteilos	bis 19:49 Uhr
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE	
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE	bis 18:30 Uhr
Herr René Trömel	DIE LINKE	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE	bis 19:36 Uhr
Herr Robert Bonan	parteilos	ab 14:10 Uhr
Herr Thomas Felke	SPD	bis 19:00 Uhr
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Frau Katharina Hintz	SPD	ab 16:00 Uhr
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	bis 20:15 Uhr
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	
Herr Andreas Hajek	FDP	bis 18:00 Uhr
Herr Gerry Kley	FDP	ab 14:15 Uhr
Frau Katja Raab	FDP	ab 18:41 Uhr
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität	bis 19:38 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	bis 19:30 Uhr
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	ab 14:08 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	bis 19:38 Uhr
Herr Christian Feigl	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	bis 20:36 Uhr
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	ab 14:05 Uhr
Herr Gerhard Pitsch	NPD	

Herr Egbert Geier	Bürgermeister
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter
Frau Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter
Frau Sabine Ernst	Verwaltung
Herr Oliver Paulsen	Verwaltung
Frau Anja Schneider	Verwaltung
Herr Marco Schreyer	Verwaltung
Frau Susanne Wildner	Verwaltung
Herr Drago Bock	Verwaltung

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Martin Bauersfeld	parteilos
Herr Raik Müller	CDU
Herr Uwe Heft	parteilos
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD
Frau Gertrud Ewert	SPD
Frau Beate Fleischer	FDP

## zu **Einwohnerfragestunde**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, begrüßte die Bürgerinnen und Bürger sowie die Damen und Herren Stadträte zur 47. Stadtratssitzung und eröffnete die Einwohnerfragestunde.

### **Herr Horst Mühlbach zur Rad- und Fußwegverbindung Wickenweg/Posthornteiche**

---

**Herr Mühlbach** führte aus, dass er auf seine Anfrage vom Mai 2013 zum Rad- und Fußweg im Wickenweg zu den Posthornteichen jetzt eine schriftliche Antwort von der Verwaltung erhalten habe, mit dem Inhalt, dass man für den Bau eines Rad- und Fußweges das Gelände ankaufen müsse, aber die Stadt dafür keine Geld hätte.

Zum Geländeankauf merkte **Herr Mühlbach** an, dass die Stadt Halle (Saale) das Gelände 1940 unter Zwang von den jeweiligen Eigentümern angekauft habe zur Verlegung der Bölkestraße, der heutigen Dessauer Straße. Jetzt gehöre das Gelände dem Land Sachsen-Anhalt und werde vom Bau- und Liegenschaftsmanagement verwaltet und es bestehe ein Nutzungsvertrag mit der Hundeschule. Nach Rücksprache mit dem Vorstand der Hundeschule habe er erfahren, dass diese das Gelände dahinter nicht benötigen und er bat die Verwaltung, zu versuchen, das Gelände entweder kostenlos oder für einen symbolischen Preis für 1 € oder für einen billigen Quadratmeterpreis zurückzukaufen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, wies Herrn Mühlbach darauf hin, dass er eine Antwort auf seine Frage schon bekommen habe und heute nur noch einmal eine Rückfrage dazu stellen könne.

**Herr Mühlbach** fragte an, ob sich die Stadt darum kümmern würde, das Gelände zurückzukaufen und er erklärte, dass die fehlenden Gelder durch Spenden eingeworben werden können.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, antwortete darauf, dass der damalige Beschluss zum Weg im Rahmen eines Bebauungsplanes gefasst wurde, jedoch die Realisierung noch nicht gesichert war. In der schriftlichen Antwort der Verwaltung wurde zudem bereits mitgeteilt, dass die Stadt nicht Eigentümer der Grundstücke sei. Er verwies darauf, dass das Land die Grundstücke nicht einfach an die Stadt verschenken könne und bei der Betrachtung der verschiedensten Themen reihe sich dieser Weg in viele andere Projekte und Notwendigkeiten ein und habe jedoch nicht die erste Priorität.

### **Herr Dr. Franz Jäger zum Ausbau des Böllberger Weges**

---

**Herr Dr. Jäger** bezog sich in seiner Anfrage auf die Planungen der Stadt und der HAVAG zum Ausbau des Böllberger Weges und er führte aus, dass diese am oberen Ende des Böllberger Weges denkmalpflegerische und städtebauliche Fragen von großem öffentlichem Interesse berühren.

Der geplante Abbruch der denkmalgeschützten ehemaligen Weingärtenschule, heute Künstlerhaus 188, stieß auf öffentliche Kritik und veranlasste eine Unterschriftensammlung, die u.a. Stadträte und Bundestagsabgeordnete aus Halle mit ihren Unterschriften unterstützen.

Im Namen der halleschen Vereine „Freunde der Bau- und Kunstdenkmale“ und „Arbeitskreis Innenstadt“ fragte **Herr Jäger** an:

Ist es im Sinne einer zukunftsweisenden Stadtplanung, dass der Bau von Verkehrstrassen städtebauliche Konzepte bestimmt und im ohnehin problematischen Umfeld des Stadtteiles Glaucha eine weitere Brachfläche schafft?

**Herr Beigeordneter Stäglich** führte dazu aus, dass man sich im Moment in der Bearbeitung und in der Fertigstellung der Stadtratsvorlage befinde und es noch keinen Beschluss dazu gäbe.

Es werde eine Vorzugsvariante in die Gremien eingebracht und diskutiert, was mit einer Darstellung der Abwägung einhergehe. In der Vorzugsvariante der Verwaltung sei der Abbruch des Künstlerhauses vorgesehen, aber der Erhalt des Gebäudes Böllberger Weg 1, welches ebenfalls ein denkmalgeschütztes Gebäude sei.

In Bezug auf den Stadtteil Glaucha wies **Herr Beigeordneter Stäglich** darauf hin, dass man dort mit dem Einsatz von Städtebauförderung eine sehr erfolgreiche Entwicklung habe, um das gesamte Quartier aufzuwerten.

**Herr Dr. Jäger** merkte an, dass seines Wissens das Gebäude Böllberger Weg 1 keinen Denkmalschutzstatus mehr habe und er fragte an:

Ist es im Sinne einer zukunftsweisenden Stadtplanung, dass die Stadtgestaltung vorrangig von Förderprogrammen des Landes und des Bundes bestimmt und weniger von ideellen und praktischen Bedürfnissen der Hallenser, wie sie sich unter anderem in der Unterschriftensammlung artikuliert und artikuliert?

Dazu stellte **Herr Beigeordneter Stäglich** noch einmal fest, dass im Moment ein Abwägungsprozess stattfinde und in diesem gäbe es die verschiedenen Belange zu diskutieren. Gespräche dazu wurden auch auf Landesebene geführt und von dort gab es die entsprechenden Signale, dass die Verwaltung mit der Vorzugsvariante in die Gremien gehen könne.

Auch sei es im Interesse von vielen Hallenserinnen und Hallensern, dass man einen Verkehrsfluss gewährleisten könne und eine verkehrliche Engstelle erweitert wird und deshalb sei die Stadt gut beraten, Fördermittel dafür zu akquirieren.

**Herr Dr. Jäger** fragte weiter dazu an:

Wäre vielleicht zu erwägen, den Abschnitt vor der Böllberger Schule aus der Maximalplanung herauszunehmen, was erlauben würde, dort eine andere Trassenführung vorzusehen?

**Herr Beigeordneter Stäglich** äußerte sich dahingehend, dass die Entscheidung zum Schluss den politischen Gremien obliege. Die Verwaltung habe eine Vorzugsvariante innerhalb des Hauses diskutiert und in die Gremien eingereicht. Dabei wurde zum Beispiel auch der Erhalt des Künstlerhauses sowie die Arkadenlösung geprüft und kostenseitig aufbereitet und den Stadträten zur Verfügung gestellt.

Weiterhin fragte **Herr Dr. Jäger** an:

Wie will die Stadtverwaltung zukünftig das öffentliche Interesse am Denkmalschutz gegenüber privaten Denkmalbesitzern überzeugend vertreten, wenn sie selbst ein gut erhaltenes und genutztes Denkmal aus städtischem Eigentum abreißen lässt?

Dazu teilte **Herr Beigeordneter Stäglin** mit, dass die Stadt natürlich auch um öffentliche und private Denkmäler kämpfen und nicht automatisch sagen werde, dass jedes Begehren eines Abbruchs sofort stattgegeben wird.

Abschließend übergab **Herr Dr. Jäger** das vorläufige Ergebnis der Unterschriftensammlung an Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand.

### **Herr Hartmut Büchner zum Bauvorhaben am Hufeisensee**

---

In Bezug auf das Bauvorhaben am Hufeisensee informierte Herr Büchner, dass zur Umsetzung des Bauvorhabens einem Landwirt wertvolles Ackerland genommen werden soll und er fragte an:

Ist es wirklich im Interesse der Stadt, Ackerland unwiederbringlich platt zu machen, auch unter dem Gesichtspunkt nachfolgender Generationen? Wollen wir das wirklich beseitigen?

Dazu äußerte sich **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, dahingehend, dass das Ziel und die Überlegung für das Bebauungsplanverfahren und die Änderungsflächennutzungsplanverfahren für den Hufeisensee in den städtischen Gremien schon intensiv diskutiert wurde, auch unter dem Gesichtspunkt, dass die Stadt Halle (Saale) im Zentrengelände des Bundeslandes Sachsen-Anhalt ein Oberzentrum darstellt.

Und wenn ein Interessent, ein Investor mit einer Nutzung bei der Stadt anfrage, sei es ein Abwägungsprozess, ob ein Bebauungsplanverfahren gestartet werde oder nicht. Im vorliegenden Fall habe man unter dem Gesichtspunkt entschieden, dass ein Golfplatz auch zur Attraktivität der Stadt Halle (Saale) zählt.

Zu den Belangen des Landwirtes führte **Herr Beigeordneter Stäglin** aus, dass im weiteren Bebauungsplanverfahren noch versucht werde, dieses Thema abschließend zu lösen. Auch wurde dem Landwirt vorab bereits zusätzliche Fläche zu Verfügung gestellt, sodass im Planungsverfahren die wirtschaftliche Perspektive des Unternehmens betrachtet wurde.

**Herr Büchner** erklärte noch einmal, dass die Existenz des Bauern gefährdet sei und die Stadt überlegen sollte, ob sie für eine kleine Gruppe von Golfern wertvollstes Ackerland unwiederbringlich weggäbe. Es könne auch auf dem Gelände des alten Schlachthofes gegolft werden.

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, informierte darüber, dass zur Bundestagswahl am vergangenen Sonntag aus der Stadt Halle (Saale) drei Bundestagsabgeordnete gewählt worden sind, Frau Dr. Sitte, Herr Dr. Bergner, und Herr Dr. Diaby.

Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE, nahm die Glückwünsche des Stadtrates und des Oberbürgermeisters entgegen und stellvertretend für Herrn Dr. Diaby, SPD-Fraktion, Herr Krause, SPD-Fraktion.

Die 47. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig sind 45 Mitglieder des Stadtrates (80,36 %) anwesend.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- 6.14 Brandschutzbedarfsplan  
Vorlage: V/2012/10626  
*Die Vorlage wurde im Finanzausschuss vertagt*
- 6.19 Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) – Fortschreibung 2013  
Vorlage: V/2012/11160
- 6.19.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) – Fortschreibung 2013" - Vorlage V/2012/11160  
Vorlage: V/2013/12045
- 6.19.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) -Fortschreibung 2013  
Vorlage: V/2012/11160  
Vorlage: V/2013/11985  
*Die Vorlage wurde auf die Sitzung im Oktober vertagt.*
- 7.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) - Einführung einer turnusmäßigen, projektorientierten Berichterstattung bei Bauprojekten  
Vorlage: V/2013/11766  
*Die Vorlage wurde im Vergabeausschuss vertagt.*

- 7.5 Antrag der Stadträte Raik Müller und Roland Hildebrandt (beide CDU-Stadtratsfraktion) zum Bauabschnitt Böllberger Weg Nord  
Vorlage: V/2013/11734  
*Die Vorlage wurde durch die Antragsteller im Planungsausschuss zurückgezogen.*
- 7.6 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement  
Vorlage: V/2012/11055  
*Die Vorlage wurde vom Antragsteller im Finanzausschuss für erledigt erklärt.*
- 7.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung der Räumlichkeiten des ehemaligen Thalia Theaters  
Vorlage: V/2013/11705  
*Die Vorlage muss noch im Kulturausschuss behandelt werden.*
- 7.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung des Zentrums Neustadt und der Hochhausscheiben  
Vorlage: V/2013/11854  
*Die Vorlage wurde im Planungsausschuss vertagt.*
- 7.14 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einführung eines Kulturtickets für Studierende  
Vorlage: V/2013/11839  
*Die Vorlage wurde im Finanzausschuss zurückgestellt.*
- 7.15 Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Privatisierung der kommunalen Wasserversorgung  
Vorlage: V/2013/11799  
*Die Vorlage wurde im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten für erledigt erklärt.*

**Herr Bartl** informierte darüber, dass der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zur Erarbeitung eines Strukturkonzeptes Theater, Oper und Orchester GmbH zurückgezogen wurde.

Des Weiteren liege eine Dringlichkeitsvorlage des Oberbürgermeisters vor.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** zog die Dringlichkeitsvorlage zurück und begründete dies damit, dass in der Besprechung mit den Fraktionsvorsitzenden am vergangenen Montag vereinbart wurde, die Haushaltsberatungen des Landtages abzuwarten.

**Herr Bartl** informierte, dass nachfolgende Änderungen bzw. Ergänzungen auf die Tagesordnung zu setzen sind:

*Zum TOP 6.16 liegt ein Änderungsantrag vor:*

- 6.16.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Realisierung personalwirtschaftlicher Maßnahmen zur Reduzierung der Personalaufwendungen im Zeitraum 2014-2018 (V/2013/11899)  
Vorlage: V/2013/12034

Zum TOP 6.22 liegt ein Änderungsantrag vor:

6.22.1 Änderungsantrag des Stadtrates Christian Feigl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Beschlussvorlage "Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 23 „Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee und Osendorfer See“- Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes" – Vorlagen-Nr. V/2013/11880  
Vorlage: V/2013/12066

7.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Verschmelzung von HWG und GWG  
Vorlage: V/2013/11723

*Hier wurde der Beschlusstext noch einmal geändert.*

8.6 Antrag der FDP-Fraktion, der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beendigung von Rechtsstreitigkeiten mit dem Land Sachsen-Anhalt  
Vorlage: V/2013/11994

**Herr Bartl** verwies darauf, dass der Antrag in der Sondersitzung des Stadtrates behandelt und parallel dazu ein gleichlautender Antrag mit einer anderen Beschlussvorlage eingestellt wurde. Der Widerspruch des Oberbürgermeisters habe sich auf den Antrag bezogen, welcher in der Sondersitzung behandelt wurde.

Es gäbe jetzt die zwei Möglichkeiten, dass entweder der Oberbürgermeister zu dem jetzt vorliegenden Antrag seinen Widerspruch dringlich macht oder die FDP-Fraktion zieht ihren Antrag zurück, weil er vor 14 Tagen schon behandelt wurde.

In Bezug auf den Antrag machte **Herr Kley, FDP-Fraktion**, deutlich, dass dieser nur fristwährend gestellt worden sei und jetzt nicht mehr auf der Tagesordnung stehe, da er schon in der Sondersitzung verabschiedet wurde.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, äußerte sich dahingehend, dass in der heutigen Sitzung der Widerspruch behandelt und zur Abstimmung gebracht werden sollte.

Abschließend erwähnte **Herr Bartl** noch einmal, dass die Beschlussvorlagennummern nicht deckungsgleich, jedoch die Vorlagen wortgleich seien und die Stadträte erklärten sich damit einverstanden, zum TOP 8.6 über den gleichen Textlaut der Vorlagen zu verhandeln.

Weiterhin informierte **Herr Bartl** darüber, dass zum TOP 10 eine weitere Informationsvorlage verteilt wurde:

10.5 Bauvorhaben Turnhalle Kastanienallee  
Vorlage: V/2013/12061

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, bat darum, den TOP

7.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Auflösung der Hafen Halle GmbH  
Vorlage: V/2012/10710

*auf Januar 2014 zu vertagen.*

Es stehe in diesem Bereich noch eine Investitionsentscheidung aus und deshalb könne erst dann über diesen Antrag entschieden werden.

Außerdem kündigte **Herr Wehrich** an, dass seine Fraktion zum TOP

6.16.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Realisierung personalwirtschaftlicher Maßnahmen zur Reduzierung der Personalaufwendungen im Zeitraum 2014 - 2018 (V/2013/11899)  
Vorlage: V/2013/12034

einen Änderungsantrag stellen wird, welcher sich auf die Schaffung der formalen Voraussetzungen beziehe, damit der zeitweilige Sonderausschuss auch tatsächlich eingerichtet werden könne.

Bezugnehmend auf die Vertagung des Brandschutzbedarfsplanes wies **Herr Misch, CDU-Fraktion**, darauf hin, dass der Beschluss gefasst werden müsse, ihn in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten zur fachlichen Beratung zurückzuverweisen.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

Mit diesem Beschluss wurde der TOP

6.14 *Brandschutzbedarfsplan*  
Vorlage: V/2012/10626

in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten verwiesen.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, machte darauf aufmerksam, dass seine Fraktion sich zum Antrag

8.12 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Erstellung eines Bürgerhaushalts 2014 für das Haushaltsjahr 2015  
Vorlage: V/2013/11963

darüber verständig habe, diesen zu vertagen, da nach Prüfung dessen, was die Verwaltung als Bürgerhaushalt vorgelegt habe, dieser nun doch noch im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften diskutiert werden müsse. Gegebenenfalls werde der Antrag durch seine Fraktion nach der Diskussion für erledigt erklärt.

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, bat um eine kurze Begründung durch die Verwaltung, weshalb der TOP

6.19 Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) – Fortschreibung 2013  
Vorlage: V/2012/11160

von der Tagesordnung abgesetzt worden ist.

**Herr Bürgermeister Geier** führte als Begründung der Absetzung aus, dass sich aus seiner Sicht die finanziellen Auswirkungen nicht entsprechend haushaltsmäßig und in der Mittelfristplanung korrekt abbilden lassen.

Bezugnehmend auf den TOP

8.6 Antrag der FDP-Fraktion, der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beendigung von Rechtsstreitigkeiten mit dem Land Sachsen-Anhalt  
Vorlage: V/2013/11994

merkte **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, an, dass seiner Meinung nach die vorgeschlagene Vorgehensweise dazu nicht funktioniere. Um formal richtig zu handeln, wären nach seiner Auffassung die Behandlung des Widerspruchs und eine erneute Abstimmung des alten Antrages mit der alten Beschlussnummer aus der letzten Sitzung per Dringlichkeit erforderlich.

Ansonsten gäbe es zwei gleichlautende Beschlüsse aus zwei unterschiedlichen Sitzungen.

Daraufhin stellte **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, fest, dass man den Widerspruch des Oberbürgermeisters zum Antrag, der ordnungsgemäß auf der Tagesordnung der Sitzung stehe, beschließen müsse und er bat Herrn Oberbürgermeister darum, den Widerspruch dringlich zu machen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** machte deutlich, dass man sich darauf schon verständigt habe und er kein Problem darin sehe. Er stellte den Antrag auf Dringlichkeit.

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:** mit mehr als 2/3-Mehrheit  
**Vorlage: V/2013/11971** einstimmig zugestimmt

Zum Thema Kunstrasenplatz in Halle-Neustadt stellte **Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, fest, dass er eine Dringlichkeitsvorlage der Verwaltung dazu vermisse. Das Problem wurde mehrfach in den Ratssitzungen besprochen und im Finanzausschuss sei zugesagt worden, eine Lösung zu finden und man hätte prinzipiell die Möglichkeit gehabt, in der heutigen Sitzung unter den Tagesordnungspunkten zum Haushalt einen Beschluss dazu zu fassen. Aus diesem Grund fragte **Herr Bönisch** bei der Verwaltung an, ob es noch einen Dringlichkeitsantrag zum Kunstrasenplatz geben wird.

Darauf antwortete **Herr Bürgermeister Geier**, dass im Finanzausschuss darüber diskutiert wurde, inwieweit man eine Deckung für die Finanzierung finden könnte. Es sei aber nicht die Rede davon gewesen, dass dies vorab und losgelöst vom Nachtragshaushalt erfolgen werde. Er habe empfohlen, wenn man darüber diskutieren und so etwas beschließen wolle, dass dies im Rahmen der Beratungen zum Nachtrag gemacht werde.

**Herr Bürgermeister Geier** wies weiter darauf hin, dass nach seiner Prüfung festgestellt wurde, dass das Vorhaben im Sportausschuss diskutiert wurde und aus sportfachlicher Sicht die Prioritätensetzung dazu geführt habe, dass dieses Vorhaben nicht mit dem vorhandenen Budget finanziert werden könne.

Er führte weiter dazu aus, dass unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung zu ähnlich gelagerten Vorhaben bei anderen Vereinen eine Summe von maximal 30.000 € beantragt werden könnte und eine Förderung von 100.000 € nicht möglich wäre.

**Herr Bürgermeister Geier** schlug vor, das Thema im Rahmen der Nachtragsdiskussion zum Haushalt 2013 oder im Rahmen des Haushaltes 2014 zu besprechen und ein entsprechender Deckungsvorschlag solle dazu aus dem Fachdezernat gemacht werden.

**Herr Bönisch** äußerte sein Unverständnis über die Aussagen von Herrn Bürgermeister Geier und er merkte an, dass man sich auf die Zusagen der Verwaltung zu diesem Sachverhalt in den verschiedenen Sitzungen verlassen und aus diesem Grund selbst keinen Dringlichkeitsantrag vorbereitet habe. Er werde sich weitere Schritte zu dieser Problematik überlegen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** informierte darüber, dass er seinen Widerspruch zum TOP

8.1 Dringlichkeitsantrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU-Fraktion) betreffend die Honorarsätze für freie Mitarbeiter des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel"  
Vorlage: V/2013/11875

zurückziehe und der Antrag damit von der Tagesordnung abzusetzen sei.

Er begründete dies damit, dass nach Gesprächen mit Frau Dr. Bergner (CDU-Fraktion) und der Darstellung aus dem Finanzbereich, dass bei einer Vollbesetzung des Stellenplanes auch eine Absenkung der Stunden der Honorarkräfte und damit eine Finanzierbarkeit der Erhöhung der Stundensätze möglich und damit eine Deckung gegeben sei.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 19.06.2013
- 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 10.07.2013
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 10.07.2013
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Beschlussvorlagen
- 6.1 Nachtragssatzung und Nachtragsplan 2013  
Vorlage: V/2013/12025
- 6.2 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012  
Vorlage: V/2013/12027
- 6.3 Jahresabschluss 2012 der Zoologischer Garten Halle GmbH  
Vorlage: V/2013/11890
- 6.4 Jahresabschluss 2012 der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH  
Vorlage: V/2013/11891
- 6.5 Jahresabschluss 2012 der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG  
Vorlage: V/2013/11892
- 6.6 Jahresabschluss 2012 der MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH  
Vorlage: V/2013/11893

- 6.7 Jahresabschluss 2012 der Bio-Zentrum Halle GmbH  
Vorlage: V/2013/11927
- 6.8 Jahresabschluss 2012 der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH  
Vorlage: V/2013/11930
- 6.9 Jahresabschluss 2012 der Stadtwerke Halle GmbH und Konzernabschluss  
Vorlage: V/2013/11947
- 6.10 Feststellung des Jahres- und Konzernabschlusses 2012 der Hallesche  
Wohnungsgesellschaft mit beschränkter Haftung  
Vorlage: V/2013/11948
- 6.11 Jahresabschluss 2012 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)  
Vorlage: V/2013/11905
- 6.12 Wirtschaftsplan 2014 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)  
Vorlage: V/2013/11906
- 6.13 Wirtschaftsplan 2013/2014 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle  
Vorlage: V/2013/11687
- 6.14 *Brandschutzbedarfsplan*  
Vorlage: V/2012/10626 *abgesetzt*
- 6.15 Neubau des Feuerwehrhauses der Ortsfeuerwehr Halle-Trotha (Seebener Straße-  
Freifläche neben der Grundschule "Hans Christian Andersen")  
Vorlage: V/2013/11516
- 6.16 Realisierung personalwirtschaftlicher Maßnahmen zur Reduzierung von  
Personalaufwendungen im Zeitraum 2014 bis 2018  
Vorlage: V/2013/11899
- 6.16.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Realisierung  
personalwirtschaftlicher Maßnahmen zur Reduzierung der Personalaufwendungen im  
Zeitraum 2014-2018 (V/2013/11899)  
Vorlage: V/2013/12034
- 6.16.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Änderungsantrag der  
SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Realisierung personalwirtschaftlicher  
Maßnahmen zur Reduzierung der Personalaufwendungen im Zeitraum 2014-2018  
(V/2013/12034)  
Vorlage: V/2013/12076
- 6.17 Änderungsbeschluss zum Baubeschluss des Stadtrates V/2009/08/120 vom 28.10.2009 -  
Erweiterung und Sanierung Feuerwache Süd  
Vorlage: V/2013/11651
- 6.18 Stadtbahnprogramm Halle Stufenbeschluss zur Stufe 2  
Vorlage: V/2012/10579
- 6.18.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Stadtbahnprogramm Halle  
Stufenbeschluss zur Stufe 2 (Vorlage V/2012/10579)  
Vorlage: V/2013/12069

- 6.19 Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) – Fortschreibung 2013  
Vorlage: V/2012/11160 abgesetzt
- 6.19.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage  
"Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) – Fortschreibung 2013" - Vorlage  
V/2012/11160  
Vorlage: V/2013/12045 abgesetzt
- 6.19.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur  
Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) -Fortschreibung 2013  
Vorlage: V/2012/11160  
Vorlage: V/2013/11985 abgesetzt
- 6.20 Integriertes Handlungskonzept „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“  
Vorlage: V/2013/11767
- 6.21 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 161 "Wohnquartier Niemeyerstraße" -  
Beschluss zur öffentlichen Auslegung  
Vorlage: V/2013/11814
- 6.22 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 23 „Freizeit- und  
Erholungsraum Hufeisensee und Osendorfer See“- Beschluss zur öffentlichen Auslegung  
des Entwurfes  
Vorlage: V/2013/11880
- 6.22.1 Änderungsantrag des Stadtrates Christian Feigl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur  
Beschlussvorlage "Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr.  
23 „Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee und Osendorfer See“- Beschluss zur  
öffentlichen Auslegung des Entwurfes" – Vorlagen-Nr. V/2013/11880  
Vorlage: V/2013/12066
- 6.23 Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur Organisation des  
ÖSPV (Kap. 6)  
Vorlage: V/2013/11831
- 6.23.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Nahverkehrsplan der  
Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur Organisation des ÖSPV (Kap. 6)  
(V/2013/11831)  
Vorlage: V/2013/11883
- 6.24 Bebauungsplan Nr. 157 "Gewerbebestandsgebiet Deutsche Grube" -  
Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: V/2013/11889
- 6.25 Beitritt der Stadt Halle (Saale) zum Rahmenvertrag nach § 78f SGB VIII des Landes  
Sachsen-Anhalt  
Vorlage: V/2013/11771
- 6.26 Auflösung des Eigenbetriebes Zentrales GebäudeManagement (EB ZGM) und  
Neuschaffung eines Fachbereiches (FB) Immobilien- und Bewirtschaftungsmanagement  
Vorlage: V/2013/11919
7. Wiedervorlage

- 7.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Ausbau des Saalekanals  
Vorlage: V/2013/11480
- 7.2 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Auflösung der Hafent Halle GmbH*  
Vorlage: V/2012/10710 *abgesetzt*
- 7.3 *Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) - Einführung einer  
turnusmäßigen, projektorientierten Berichterstattung bei Bauprojekten*  
Vorlage: V/2013/11766 *abgesetzt*
- 7.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Gedenktafel für Kurt Wabbel  
am Erdgas Sportpark  
Vorlage: V/2013/11851
- 7.5 *Antrag der Stadträte Raik Müller und Roland Hildebrandt (beide CDU-Stadtratsfraktion)  
zum Bauabschnitt Böllberger Weg Nord*  
Vorlage: V/2013/11734 *abgesetzt*
- 7.6 *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Eigenbetrieb Zentrales  
Gebäudemanagement*  
Vorlage: V/2012/11055 *abgesetzt*
- 7.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Verschmelzung von HWG und GWG  
Vorlage: V/2013/11723
- 7.8 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Behandlung aller Beraterverträge der Stadt Halle  
(Saale) im Hauptausschuss  
Vorlage: V/2013/11774
- 7.9 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung der Räumlichkeiten des  
ehemaligen Thalia Theaters*  
Vorlage: V/2013/11705 *abgesetzt*
- 7.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Bereitstellung von Kinderbetreuung  
während der Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse  
Vorlage: V/2013/11791
- 7.11 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung des Zentrums  
Neustadt und der Hochhausscheiben*  
Vorlage: V/2013/11854 *abgesetzt*
- 7.12 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Bedarfs- und Entwicklungsplan  
Kindertagesbetreuung  
Vorlage: V/2013/11855
- 7.13 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beteiligung der Stadt  
Halle an der Earth Hour-Aktion  
Vorlage: V/2013/11636
- 7.14 *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einführung eines  
Kulturtickets für Studierende*  
Vorlage: V/2013/11839 *abgesetzt*

- 7.15 *Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Privatisierung der kommunalen Wasserversorgung*  
Vorlage: V/2013/11799 abgesetzt
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1 *Dringlichkeitsantrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU-Fraktion) betreffend die Honorarsätze für freie Mitarbeiter des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel"*  
Vorlage: V/2013/11875 abgesetzt
- 8.1.1 *Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Bodo Meerheim (Fraktion DIE LINKE) zum Dringlichkeitsantrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU-Fraktion) betreffend die Honorarsätze für freie Mitarbeiter des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel" (Vorlage: V/2013/11875)*  
Vorlage: V/2013/11894 abgesetzt
- 8.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einführung des "Katwarn-Service"  
Vorlage: V/2013/12000
- 8.3 Antrag der Stadträte Raik Müller und Andreas Schachtschneider (beide CDU-Fraktion) zur Eingliederung einer neuen Eissportarena in den Sportkomplex Halle-Neustadt (Nietlebener Straße)  
Vorlage: V/2013/12001
- 8.4 Antrag des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zur Entwicklung eines Konzeptes zur Pflege der Hochwassermarken im Stadtgebiet  
Vorlage: V/2013/11978
- 8.5 Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU-Fraktion) zur Beseitigung der Skulpturengruppe vor dem Finanzamt Blücherstraße  
Vorlage: V/2013/11979
- 8.6 Antrag der FDP-Fraktion, der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beendigung von Rechtsstreitigkeiten mit dem Land Sachsen-Anhalt  
Vorlage: V/2013/11994
- 8.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Wiederherrichtung der Leichtathletikanlagen im Stadion Halle-Neustadt  
Vorlage: V/2013/12019
- 8.8 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Salzmünder Straße  
Vorlage: V/2013/12020
- 8.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einbeziehung von Fahrradabstellanlagen in die Stellplatzsatzung der Stadt Halle  
Vorlage: V/2013/12022
- 8.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Bereitstellung von Informationen für sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner  
Vorlage: V/2013/12016

- 8.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Teilnahme am Projekt "Kinderfreundliche Kommune"  
Vorlage: V/2013/12014
- 8.12 *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Erstellung eines Bürgerhaushalts 2014 für das Haushaltsjahr 2015*  
Vorlage: V/2013/11963 *abgesetzt*
- 8.13 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vervollständigung der Baumfällliste  
Vorlage: V/2013/11984
- 8.14 Fraktionsübergreifender Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion und CDU-Fraktion zum Erhalt des Stadtbades der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2013/12010
- 8.15 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion, der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beendigung von Rechtsstreitigkeiten mit dem Land Sachsen-Anhalt  
Vorlage: V/2013/11971
9. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9.1 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu den geplanten Nutzungen auf und um den Hufeisensee  
Vorlage: V/2013/11836
- 9.2 Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU-Fraktion) zur ehemaligen Schweinemastanlage in Lettin  
Vorlage: V/2013/11837
- 9.3 Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU-Fraktion) zur Installation eines Informationssystems in deutscher und englischer Sprache an Baudenkmälern und bedeutsamen Gebäuden der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2013/11996
- 9.4 Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU-Fraktion) zur Beteiligung der Stadt Halle (Saale) am bevorstehenden Reformationsjubiläum  
Vorlage: V/2013/11997
- 9.5 Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU-Fraktion) zur Investitionsperspektive für den dringend sanierungsbedürftigen Schulstandort der Sekundarschule Halle-Süd  
Vorlage: V/2013/11998
- 9.6 Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU-Fraktion) zur Neuen Residenz  
Vorlage: V/2013/11999
- 9.7 Anfrage des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zum Stadteingang Ammendorf  
Vorlage: V/2013/11973
- 9.8 Anfrage des Stadtrates Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur Berliner Straße  
Vorlage: V/2013/11974

- 9.9 Anfrage des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zu einem Spielplatz in Büschdorf  
Vorlage: V/2013/11981
- 9.10 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zu den vollständigen Kosten für Ausschusssitzungen  
Vorlage: V/2013/11858
- 9.11 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zum Agieren des städtischen Gesundheitsamtes  
Vorlage: V/2013/11976
- 9.12 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zum städtischen Umgang mit Schrottimmobilien  
Vorlage: V/2013/11977
- 9.13 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Neubau einer Eissporthalle  
Vorlage: V/2013/11982
- 9.14 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Variantenprüfung Turnhalle Kastanienallee  
Vorlage: V/2013/12021
- 9.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ausbau der Kreuzung Paracelsusstraße /Äußere Hordorfer Straße  
Vorlage: V/2013/11989
- 9.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Aktivitäten im Bereich Radtourismus  
Vorlage: V/2013/11990
- 9.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung des Luftreinhalteplans für den Ballungsraum Halle  
Vorlage: V/2013/11992
- 9.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum STARK III-Fördermittelprogramm  
Vorlage: V/2013/11993
- 9.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Planungen der Stadt Halle zum 50-jährigen Jahrestag der Grundsteinlegung Halle-Neustadts  
Vorlage: V/2013/12013
- 9.20 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand der Bewilligung von Städtebaufördermitteln  
Vorlage: V/2013/12015
- 9.21 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Auswirkungen der KiföG-Novellierung  
Vorlage: V/2013/12017
- 9.22 Anfrage des Stadtrates Manfred Sommer (MitBÜRGER für Halle) zur Bushaltestelle Gartenstraße, Blumenauweg 59  
Vorlage: V/2013/11988

- 9.23 Anfrage des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zu bestehenden Angeboten der aktiven Pausen- und Freizeitgestaltung auf Schulhöfen  
Vorlage: V/2013/12007
- 9.24 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Grünpflege an der Lärmschutzwand am 3. Bauabschnitt der Haupteinfahrtsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES)  
Vorlage: V/2013/12008
- 9.25 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Beheizung des Stadtbades während des Hochsommers 2013  
Vorlage: V/2013/12009
- 9.26 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu Auswirkungen des Zensus 2011 auf die Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2013/12011
10. Mitteilungen
- 10.1 Fortschreibung Personalbericht 2013 der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2013/11916
- 10.2 „Information zum Stand bei der Aufstellung des Verkehrsentwicklungsplans Halle (Saale) 2025“  
Vorlage: V/2013/11557
- 10.3 Ausschreibungstext für den Pachtvertrag zur Betreibung und Bewirtschaftung des Naturbades Heidensee  
Vorlage: V/2013/11959
- 10.4 Bericht zur Schulwegsicherheit 2013  
Vorlage: V/2013/11790
- 10.5 Bauvorhaben Turnhalle Kastanienallee  
Vorlage: V/2013/12061
11. mündliche Anfragen von Stadträten
12. Anregungen
13. Anträge auf Akteneinsicht

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift**

---

#### **zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 19.06.2013**

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 19.06.2013.

### **zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 10.07.2013**

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 46. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 10.07.2013.

### **zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 10.07.2013**

---

Die in nicht öffentlicher Sitzung am 10.07.2013 gefassten Beschlüsse wurden bereits in der Sondersitzung am 11.09.2013 bekannt gegeben.

In der Sondersitzung am 11.09.2013 sind keine nicht öffentlichen Beschlüsse gefasst worden.

### **zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters**

---

Es lag kein Bericht des Oberbürgermeisters vor.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies darauf, dass er zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten berichten werde.

### **zu 6 Beschlussvorlagen**

---

#### **zu 6.1 Nachtragssatzung und Nachtragsplan 2013 Vorlage: V/2013/12025**

---

#### **zu 6.2 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 Vorlage: V/2013/12027**

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** berichtete, dass das Haushaltsjahr 2013 durch verschiedene Haushaltsberatungen, Satzungen, die Eröffnungsbilanz und erstmalig das Einbringen des Nachtrages und des Haushaltsplanes in der Septembersitzung geprägt werde.

Die Verwaltung habe alles Machbare und Mögliche getan, damit die Vereine rechtzeitig ihre Mittel erhalten. Es gäbe dadurch bessere Möglichkeiten, Förderanträge zu stellen und die freien Träger zu unterstützen.

In sehr intensiven Klausuren, Sitzungen und Rücksprachen innerhalb der Verwaltung sei es gelungen, den Haushaltsausgleich sowohl für den Nachtrag als auch für den Haushalt 2014 mit einer schwarzen Null herbeizuführen. Die vorgelegten Zahlen sollen aber auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Fehlbedarfe aus dem Jahr 2012 zu kompensieren sind.

In diesem Zusammenhang bat **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** um sachliche Beratungen dazu. Man werde strikt darauf achten, dass es beim Haushaltsausgleich bleibt und habe dafür ein sehr geordnetes Verfahren vorbereitet, in dem all das, was in den Fraktionen besprochen wird und was die Verwaltung tut, öffentlich nachvollziehbar sein wird und es die Möglichkeit gibt, über den Bürgerhaushalt mit den Bürgern in die Diskussion zu kommen.

Weiterhin sei angedacht, die Informationen aus den Diskussionen in den jeweiligen Ausschusssitzungen zusammenzuführen und dem Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften letztendlich zur Beratung vorzulegen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat darum, in den Beratungen auf die strikte Einhaltung des Haushaltsausgleiches zu achten. Die Verwaltung hoffe, in diesem Jahr eine bessere Form gefunden zu haben, gemeinsam den Haushalt zu erstellen. Es sei das große Ziel, dem Landesverwaltungsamt noch in diesem Jahr einen bestätigten Haushalt vorzulegen.

Abschließend bedankte sich **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit bei der Haushaltsaufstellung.

Nähere Einzelheiten zu den Eckwerten zum Nachtragshaushalt 2013 und zum Haushalt 2014 machte **Herr Bürgermeister Geier** und er führte aus, dass ein Nachtragshaushalt vorgelegt wurde, in welchem eine Fortschreibung der Zahlung nachgewiesen und dargestellt sei und im Ergebnisplan wesentliche Änderungen zusammengestellt wurden.

Er lenkte den Fokus auf die Ausschüttung aus der Wohnungswirtschaft, die ursprünglich für 2012 geplant war und jetzt im Nachtrag 2013 mit 9,3 Mio. € eingepreist ist und er verwies darauf, dass es sich so darstelle, dass das Minus eine Entlastung bedeute und das Plus eine Belastung ist.

**Herr Bürgermeister Geier** merkte weiter an, dass die Stadt eine entsprechende positive Entwicklung im Bereich der Steuereinnahmen von 1,1 Mio. € mehr habe und diverse Zuweisungen aus dem Bereich des Landes und dies insgesamt ergebnisverbessernd 16,2 Mio. € darstellen.

Desweiteren gäbe es in der Fortschreibung für das laufende Jahr auch Positionen, wo es Mehraufwendungen gäbe und er führte die Hilfen zur Erziehung mit 2 Mio. € mehr und die erhöhten Kosten durch die Einführung des KiFöG in Höhe von 2,4 Mio. € an.

Damit habe die Stadt in der Fortschreibung zusätzliche Mehraufwendungen von saldiert rund 7 Mio. € und komme im Saldo auf ein Plus von 9,3 Mio. €, welche aus der Abgrenzung der Zuflüsse aus der Wohnungswirtschaft von 2012 in 2013 resultieren, weil der Gesellschafterbeschluss erst im Jahr 2013 erfolgte.

Das heißt, wenn man diesen Sondereffekt heraus rechne, dann könne man eine schwarze Null im Nachtragshaushalt vorlegen, welcher jetzt hier im Gremienlauf zu diskutieren ist.

Zusammenfassend führte **Herr Bürgermeister Geier** dazu aus, dass insgesamt bei den Erträgen Veränderungen von 23,4 Mio. € und bei den Aufwendungen von 14,1 Mio. € zu verzeichnen sind und man dann wieder bei diesen 9,3 Mio. € wäre und gedanklich plus/minus Null durch diesen Sondereffekt. Weitere Detailinformation sollen dann in den Etatberatungen erörtert werden.

**Herr Bürgermeister Geier** informierte weiter darüber, dass in Bezug auf den Haushalt 2014 eine Auflistung vorgenommen wurde und man die Zahlen der Mittelfristplanung aus dem im Mai 2013 beschlossenen Haushalt als Ausgangsbasis aufgesetzt habe. Weiterhin wurden sämtliche Risiken entsprechend der Vorgehensweise und Ausrichtung der Planungsziele berücksichtigt

Es gab zehn Haushaltsklausuren und dort wurde mit den Fachbeigeordneten in verschiedenen Themenfeldern diskutiert, Aufgabenkritik, Personalfragen, Risikoeinschätzung und Analysen, Ertrags- und Aufwendungs betrachtungen, was investiv angedacht ist bzw. prioritär umgeändert werden muss und was die mittelfristige Finanzplanung angeht. Das Zahlenwerk ist einvernehmlich mit allen Fachbeigeordneten vorbereitet worden.

Wichtig in dem Zusammenhang, da immer wieder Kürzungen im Raum stehen, dass es auch einen begründeten Mehrbedarf gab. Beispielhaft benannte **Herr Bürgermeister Geier** die Umsetzung des KiFöG. In den Klausuren gab es auch Zurückweisungen bestimmter Mehrbedarfe, wie Anpassungen an die allgemeinen Preissteigerungen. Diese seien für ihn als inhaltliches Argument nicht belegt.

In der Vergangenheit wurde immer von einer roten oder schwarzen Null im Zusammenhang mit dem Haushalt gesprochen. Das vorgelegte Zahlenwerk entspricht den Regularien des Gemeindehaushaltrechts in Sachsen-Anhalt. Der gesetzlich vorgeschrieben Haushaltsausgleich in der Ergebnisplanung liegt mit dem Entwurf für das Jahr 2014 vor.

**Herr Bürgermeister Geier** hob zudem hervor, dass die Personalaufwendungen für den Kernhaushalt konstant bei ca. 122 Mio. € bleiben. Es wurden zudem die Personalaufwendungen aus dem EB ZGM berücksichtigt, so dass das Zahlenwerk eine Höhe von 130 Mio. € aufweist.

Damit ist die Rückführung des EB ZGM in den städtischen Haushalt bereits berücksichtigt, so dass man somit der transparenten Darstellung der objekt- und gebäudebezogenen Kosten nachkomme.

Der Haushalt ist so entsprechend vorbereitet, dass in der mittelfristigen Ergebnisplanung Überschüsse angestrebt und auch dargestellt werden.

**Herr Bürgermeister Geier** stellte wichtige Erträge und Aufwendungen gegenüber. Hier nannte er 275 Mio. € aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen. Dies betrifft bspw. Finanzausgleich, KiFöG sowie Kosten der Unterkunft, Fördermittel für Stadtentwicklung und Zuweisungen für den Kulturbereich

Die Aufwendungen sehen Ausgaben in Höhe von 201 Mio. € vor. Insbesondere werden Finanzströme an die eigenen Unternehmen, Zahlungen aus der Hilfe zur Erziehung, Zuschüsse und Leistungen aus dem UVG an Dritte geleistet.

Bezogen auf den investiven Teil informierte **Herr Bürgermeister Geier** über eine zur Verfügung stehende Höhe von 15,2 Mio. € aus der Investitionspauschale FAG 2011/2012, 1,8 Mio. € aus Rücklageentnahmen sowie vom Landesverwaltungsamt bestätigte Kreditaufnahmen in Höhe von 2,2 Mio. € im Zusammenhang mit STARK III.

Mit diesem Rahmen und der Anreicherung verschiedener Fördermitteltöpfe wird ein Gesamtvolumen von 41 Mio. € umgesetzt, der entsprechende Eigenanteil beträgt hier 15,2 Mio. €.

Zur mittelfristigen Finanz- und Ergebnisplanung informierte **Herr Bürgermeister Geier**, dass für die Zeit bis 2017 von einem positiven Trend ausgegangen werde. Dies sei insbesondere für das negative Ergebnis aus dem Jahr 2012 wichtig, um so dieses entsprechend auszugleichen.

**Herr Bürgermeister Geier** verdeutlichte, dass es wichtig ist, dass diese Überschüsse nicht frei verfügbar für andere Dinge im Ergebnishaushalt sein können. Zunächst werden diese für entstandene Defizite genutzt bzw. das der Finanzhaushalt auch entsprechend bis 2017 auf Null kommt.

Das heißt, ein Überschuss, der im Ergebnishaushalt erwirtschaftet wird, muss dann, wenn Fehlbeträge im Ergebnishaushalt gedeckt sind, auch die Liquidität entsprechend unterstützen und verbessern.

Es wird davon ausgegangen, dass ab 2017 leichte Überschüsse im Ergebnishaushalt erzielt und der Finanzhaushalt ausgeglichen wird.

In der Gesamtbetrachtung und bei der Beurteilung der Finanzlage müssen die Kassenkredite mit den enthaltenen Altdefiziten berücksichtigt werden.

Zum Diskussionstand STARK IV informierte **Herr Bürgermeister Geier**, dass es wahrscheinlich zu einer Begrenzung der Kassenkredite kommen wird wenn man beabsichtigt an den Programmen teilzunehmen. Weiterhin bedarf es ausgeglichener Zahlen Ergebnis – und Finanzhaushalts.

Die Haushaltsberatungsverfahren sind sehr umfangreich. Es werden zu Recht viele Fragestellungen an die Verwaltung gerichtet und diese müssen möglichst strukturiert abgearbeitet werden.

Unter dem Blickwinkel der Transparenz wird die Verwaltung den Fraktionen und Stadträten standardisierte Anträge zur Verfügung stellen, in dem die Mittelumschichtungen oder Änderungen der einzelnen Haushaltspositionen dargestellt werden können und so eine strukturierte Abfolge gewährleistet wird. Vorteil dieses Verfahrens ist, dass die Stadträte sehen können, welche finanziellen Auswirkungen der konkrete Vorschlag hat.

Besonders wichtig sei es eine Plattform zu bekommen, in dem die Fragestellungen sowie noch zu beantwortende Fragen, ersichtlich sind. Diese sollen auf der städtischen Internetseite veröffentlicht werden, so dass jeder Stadtrat den aktuellen Sachstand aus den unterschiedlichen Fachausschüssen und Beratungen hat.

Dies stellt einen Informationsgewinn dar, welcher zeigt, dass sämtliche Fachausschussberatungen miteinander zusammenhängen.

Abschließend wies **Herr Bürgermeister Geier** darauf hin, dass zum Thema Bürgerhaushalt am 30.09. um 19 Uhr eine Informationsveranstaltung im Ratshof für die Bürgerschaft, Stadträte und Öffentlichkeit stattfinden werde.

Er bat um die Räte um konstruktive Haushaltsberatungen in den nächsten Wochen.

Als Ausschussvorsitzender unterbreitete **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, an Herrn Oberbürgermeister einen Vorschlag zur zeitlichen Abfolge der Beratungen.

Er führte aus, dass entsprechend der Vorlage ein Beschluss in der Stadtratssitzung am 28.11.2013 vorgesehen sei. Auf Grund der möglichen Veränderungen im Zusammenhang mit der noch zu beschließenden Vorlage zu den personalwirtschaftlichen Maßnahmen und dem ausdrücklichen Willen, dort einen separaten Ausschuss zu installieren sowie unter

Berücksichtigung der Geschäftsordnung, kann dieser Ausschuss frühestens nach dem Erscheinen des nächsten Amtsblattes, demnach erst Mitte Oktober tagen

Erst dann habe man eine Beratungsfolge und der Finanzausschuss könne, mit geplanten drei bis vier Sitzungen, tätig werden. Im Umkehrschluss heißt das auch, dass eine Beschlussfassung zum Haushalt in der Ratssitzung am 28.11. nicht möglich ist.

Aus diesem Grund schlug er vor, über den Zeitplan nochmals zu sprechen, um den Beschluss zum Haushalt erst am 18.12. zu fassen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** fand den Vorschlag von Herrn Dr. Meerheim nachvollziehbar und sicherte bei Einverständnis aller Stadträte eine Änderung der Beratungsfolge zu.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, machte deutlich, dass sie die Veranstaltung zum Bürgerhaushalt begrüße, es jedoch nicht möglich sei einen Fragebogen, ein Ergebnisraster und die Auswertung der einzelnen Vorschläge vorzulegen. Deswegen sei es aus ihrer Sicht fatal, von einem Bürgerhaushalt zu reden.

Sie wies darauf hin, dass es sich hierbei um eine Erfüllung einer Aufgabe, die seit 2007 an die Verwaltung gerichtet war, handele, jedoch könne man noch nicht von einem Bürgerhaushalt sprechen.

Weiter führte sie aus, dass der Bildungsausschuss in absehbarer Zeit stattfinden werde, aber die sachkundigen Bürger hätten bis heute noch den Nachtragshaushalt und Haushaltsentwurf vorliegen. Das sollte schnell und möglichst bald nachgeholt werden.

**Herr Bürgermeister Geier** stimmte in Bezug auf die Verteilung der Unterlagen den Ausführungen von Frau Wolff zu, wies aber auch darauf hin, dass es schon immer so gehandhabt wurde, dass zunächst die Papiere in den Stadtrat eingebracht und dann sofort im Nachgang an die sachkundigen Bürger verteilt werden.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, wies darauf hin, dass er das gleiche zeitliche Problem mit dem neu zu gründeten Ausschuss habe. In den Ausschüssen seien alles ehrenamtliche Stadträte tätig und die enge Beratungsfolge sei schwer leistbar.

Im Namen der Verwaltung verwies **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, die Vorlagen in die jeweiligen Ausschüsse.

#### **zu 6.1 Nachtragssatzung und Nachtragsplan 2013 Vorlage: V/2013/12025**

---

**Abstimmungsergebnis: verwiesen**

durch den Oberbürgermeister in die Fachausschüsse

**Sportausschuss,  
Kulturausschuss,  
Bildungsausschuss,  
Jugendhilfeausschuss,  
Ausschuss für Planungsangelegenheiten,  
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss,  
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten,**

**Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung,  
sowie  
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat beschließt die Nachtragshaushaltssatzung 2013 und den Nachtragshaushaltsplan 2013.*

**zu 6.2 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 sowie  
Beteiligungsbericht über das Jahr 2012  
Vorlage: V/2013/12027**

---

**Abstimmungsergebnis: verwiesen**

durch den Oberbürgermeister in die Fachausschüsse

**Sportausschuss,  
Kulturausschuss,  
Bildungsausschuss,  
Jugendhilfeausschuss,  
Ausschuss für Planungsangelegenheiten,  
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss,  
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten,  
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung,  
sowie  
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften**

**Beschlussvorschlag:**

1. *Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2014 mit dem Haushaltsplan 2014.*
2. *Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2012 zur Kenntnis.*

**zu 6.3 Jahresabschluss 2012 der Zoologischer Garten Halle GmbH  
Vorlage: V/2013/11890**

---

*(Dem Mitwirkungsverbot gemäß § 31 GO-LSA unterlagen Herr Hopfgarten – SPD-Fraktion und Herr Hajek – FDP-Fraktion.)*

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einzelpunkt abstimmung**

**B.-Punkte 1 – 3      mehrheitlich zugestimmt  
B.-Punkt 4            mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der gesetzliche Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der Zoologischer Garten Halle GmbH vorgelegte, von der Wirtschaftsprüferin Frau Uta Harning geprüfte und am 01.03.2013 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2012 wird festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag beträgt	270.104,59 EUR.
Die Bilanzsumme beträgt	28.119.679,27 EUR.

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 270.104,59 EUR wird mit der Kapitalrücklage von 8.884.818,33 EUR verrechnet.
3. Dem Geschäftsführer, Herrn Andreas Jacob, wird für das Jahr 2012 Entlastung erteilt.
4. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wird für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.

**zu 6.4 Jahresabschluss 2012 der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH  
Vorlage: V/2013/11891**

---

*(Dem Mitwirkungsverbot gemäß § 31 GO-LSA unterlagen Herr Sprung – CDU-Fraktion, Herr Dr. Köck – Fraktion DIE LINKE sowie Herr Bonan - SPD-Fraktion.)*

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einzelpunktabstimmung**

<b>B.-Punkte 1 – 3</b>	<b>mehrheitlich zugestimmt</b>
<b>B.-Punkt 4</b>	<b>mehrheitlich zugestimmt</b>

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des gesetzlichen Vertreters der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH vom 24.06.2013:

1. Der von der Geschäftsführung der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2012 wird in der von der BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 19.04.2013 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	2.712,41 EUR.
Die Bilanzsumme beträgt	157.385,66 EUR.

2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 2.712,41 EUR wird in die Kapitalrücklage eingestellt.
3. Dem Aufsichtsrat der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH wird für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.
4. Dem Geschäftsführer der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH, Herrn Dieter Götte, wird für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.

**zu 6.5 Jahresabschluss 2012 der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG**  
**Vorlage: V/2013/11892**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des gesetzlichen Vertreters der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG vom 24.06.2013:

5. Der von der Geschäftsführung der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2012 wird in der von der BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 19.04.2013 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag beträgt	511.603,36 EUR.
Die Bilanzsumme beträgt	19.460.398,56 EUR.

6. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 511.603,36 EUR wird mit dem Gewinnvortrag aus Vorjahren verrechnet.
7. Der Geschäftsführung der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG, Herrn Dieter Götte, wird für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.

**zu 6.6 Jahresabschluss 2012 der MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH**  
**Vorlage: V/2013/11893**

---

*(Dem Mitwirkungsverbot gemäß § 31 GO-LSA unterlagen Frau Dr. Wünschler - CDU-Fraktion, Herr Dr. Fikentscher - SPD-Fraktion sowie Herr Dr. Wöllenweber - FDP-Fraktion.)*

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

<b><u>Abstimmungsergebnis:</u></b>	<b><u>Einzelpunktabstimmung</u></b>
	<b>B.-Punkte 1 – 2</b> <b>mehrheitlich zugestimmt</b>
	<b>B.-Punkt 3</b> <b>mehrheitlich zugestimmt</b>

**Beschluss:**

Der gesetzliche Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, folgenden Gesellschafterbeschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2012 wird in der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft HENSCHKE und PARTNER GbR geprüften und am

25.04.2013 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	89.767,27 EUR.
Die Bilanzsumme beträgt	8.224.016,05 EUR.

2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 89.767,27 EUR wird mit dem bestehenden Verlustvortrag in Höhe von 2.163.005,02 EUR verrechnet.
3. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wird für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.

**zu 6.7 Jahresabschluss 2012 der Bio-Zentrum Halle GmbH**  
**Vorlage: V/2013/11927**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Oberbürgermeisters als gesetzlicher Vertreter der Gesellschafterin der Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Bio-Zentrum Halle GmbH vom 25.06.2013:

1. Der von der Geschäftsführung der Bio-Zentrum Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2012 wird, in der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Brennecke Treuhand GmbH geprüften und am 21.05.2013 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	61.200,20 EUR.
Die Bilanzsumme beträgt	11.296.689,31 EUR.

2. Der Jahresüberschuss von 61.200,20 EUR wird in eine satzungsmäßige Rücklage für Bauinstandhaltung eingestellt.
3. Den Geschäftsführern wird für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.

**zu 6.8 Jahresabschluss 2012 der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH**  
**Vorlage: V/2013/11930**

---

*(Dem Mitwirkungsverbot gemäß § 31 GO-LSA unterlagen Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand, Frau Dr. Bergner – CDU-Fraktion, Frau Dr. Sitte – Fraktion DIE LINKE sowie Herr Felke – SPD-Fraktion.)*

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:****Einzelpunktabstimmung**

B.-Punkte 1-2	mehrheitlich zugestimmt
B.-Punkt 3	mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Oberbürgermeisters als gesetzlicher Vertreter der Gesellschafterin der Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH vom 25.06.2013:

4. Der von der Geschäftsführung der TGZ Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2012 wird, in der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Brennecke Treuhand GmbH geprüften und am 21.05.2013 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	132.909,94 EUR.
Die Bilanzsumme beträgt	35.747.220,56 EUR.

5. Der Jahresüberschuss von 132.909,94 EUR wird in eine satzungsmäßige Rücklage für Bauinstandhaltung eingestellt.
6. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2012 entlastet.

**zu 6.9 Jahresabschluss 2012 der Stadtwerke Halle GmbH und Konzernabschluss  
Vorlage: V/2013/11947**

---

*(Dem Mitwirkungsverbot gemäß § 31 GO-LSA unterlagen Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand, Herr Bönisch – CDU-Fraktion, Herr Müller – CDU-Fraktion, Herr Lange – Fraktion DIE LINKE, Frau Nagel – Fraktion DIE LINKE, Herr Krause – SPD-Fraktion, Herr Kley – FDP-Fraktion, Herr Wehrich – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.)*

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:****Einzelpunktabstimmung**

B.-Punkte 1-3	mehrheitlich zugestimmt
B.-Punkt 4	mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

Der Stadtrat weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Halle GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der Stadtwerke Halle GmbH vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BRV AG geprüfte und am 26. April 2013 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2012 mit

Bilanzsumme	EUR	282.978.224,09
Jahresüberschuss	EUR	205.611,88

wird festgestellt.

2. Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2012 in Höhe von 205.611,88 EUR wird in die Gewinnrücklage eingestellt.
3. Der von der Geschäftsführung der Stadtwerke Halle GmbH vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BRV AG geprüfte und am 24. Mai 2013 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Konzernabschluss des Geschäftsjahres 2012 mit

Bilanzsumme	EUR	1.234.531.225,62
Konzern-Bilanzgewinn	EUR	0,00

wird festgestellt.

4. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2012 entlastet.

**zu 6.10 Feststellung des Jahres- und Konzernabschlusses 2012 der Hallesche Wohnungsgesellschaft mit beschränkter Haftung  
Vorlage: V/2013/11948**

---

*(Dem Mitwirkungsverbot gemäß § 31 GO-LSA unterlagen Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand, Herr Sänger – CDU-Fraktion, Herr Sprung – CDU-Fraktion, Herr Dr. Meerheim – Fraktion DIE LINKE, Frau Haupt – Fraktion DIE LINKE, Frau Ewert – SPD-Fraktion, Frau Fleischer – FDP-Fraktion, Herr Sommer – Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM.)*

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einzelpunktabstimmung**

**B.-Punkt 1-4**                    **mehrheitlich zugestimmt**  
**B.-Punkt 5**                    **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der Hallesche Wohnungsgesellschaft mit beschränkter Haftung folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young GmbH versehene Jahresabschluss der Hallesche Wohnungsgesellschaft mit beschränkter Haftung zum 31.12.2012 (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, zusammengefasster Anhang) mit einer Bilanzsumme von 540.806.384,13 EUR und einem Jahresüberschuss von 8.771.697,48 EUR wird festgestellt.
2. Aus dem Bilanzgewinn der Gesellschaft 2012 (Jahresüberschuss 2012 abzüglich Dotation der Satzungsmäßigen Rücklagen zuzüglich am 31.12.2012 unverteilter Gewinn aus 2011) wird ein Betrag von 6.000.000,00 EUR an die Gesellschafterin ausgeschüttet.

Der verbleibende Bilanzgewinn 2012 in Höhe von 2.932.576,48 EUR wird als Gewinnvortrag für das Geschäftsjahr 2013 vorgetragen.

3. Der mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young GmbH versehene Konzernabschluss zum 31.12.2012 mit einer Bilanzsumme von 600.329.484,25 EUR und einem Bilanzgewinn von 1.590.433,05 EUR wird festgestellt.
4. Dem Geschäftsführer der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH, Herrn Dr. Wahlen, wird für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.
5. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH wird für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.

**zu 6.11 Jahresabschluss 2012 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)  
Vorlage: V/2013/11905**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Jahresabschluss für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung für das Wirtschaftsjahr 2012 wird festgestellt.
2. Dem Betriebsleiter des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung wird für das Wirtschaftsjahr 2012 gemäß § 18 Abs. 4 Satz 2 EigenBG LSA Entlastung erteilt.

**zu 6.12 Wirtschaftsplan 2014 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)  
Vorlage: V/2013/11906**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung für das Wirtschaftsjahr 2014 wird bestätigt.



**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, kündigte einen Änderungsantrag seiner Fraktion an und verwies im Namen seiner Fraktion darauf, dass sie der Beschlussvorlage in der vorliegenden Form nicht zustimmen werden.

Als Begründung führte er aus, dass alle Entscheidungen zum Personal in der Stadtverwaltung Halle von den Ergebnissen der Ausschussberatungen abhängig gemacht werden sollten. Dies betreffe einerseits die Zahl der kw-Stellen, über die intensiv zu verhandeln sein wird und andererseits alle Maßnahmen, die getroffen werden, um mit dem Personal umzugehen.

Seiner Meinung nach wären die Vorschläge der Verwaltung nicht zielführend, weil sie das größte Problem, die Disparität innerhalb der Verwaltung nicht ausreichend berücksichtigen.

Es gäbe auf der einen Seite Bereiche, die chronisch unterbesetzt und auf der anderen Seite Bereiche, die noch mit Personal überbesetzt seien.

Und gerade diese Problematik werde durch die Vorschläge noch verschärft, indem Angebote möglicherweise zur Arbeitszeitverkürzung gemacht werden, die auch durch den Änderungsantrag der SPD-Fraktion nicht tangiert werden.

Nicht zielführend seien auch die Abfindungsregelungen, die sich auch an jüngere Leute richten würden, da ab 2017 sehr viele Beschäftigte in Rente gehen werden und man darauf angewiesen sei, jüngeres Personal in der Verwaltung zu beschäftigen.

Zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion stellte **Herr Wehrich** klar, dass dieser zwar in die richtige Richtung gehe, aber noch nicht ausreichend sei, da er auch den Punkt der Arbeitszeitverkürzung in den Bereichen zulässt, die schon unterbesetzt seien.

Aus diesem Grund wäre es besser, zuerst die Ausschussberatungen durchzuführen und dann darüber zu reden, welche Maßnahmen für sinnvoll erachtet werden.

Desweiteren halte er den zeitweiligen Ausschuss für sinnvoll und bat um Benennung der entsprechenden Mitglieder aus den Fraktionen für diesen Ausschuss

**Herr Wehrich** beantragte abschließend eine getrennte Abstimmung der einzelnen Beschlusspunkte, um das Abstimmungsverhalten bei der Endvorlage entsprechend deutlich machen zu können.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, teilte zwar die Bedenken von Herrn Wehrich, wies aber darauf hin, dass man schon ausführliche Diskussionen dazu im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften geführt und Argumente ausgetauscht habe und er vertraue der Verwaltung dahingehend, dass man nicht einem gerade Ausgebildeten eine Abfindung anbieten werde.

Außerdem habe der Stadtrat die Möglichkeit, nach den Beratungen des Ausschusses die entsprechenden Maßnahmen mit dem Stellenplan abzustimmen bzw. entsprechende Veränderungen vorzunehmen.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, bestätigte die inhaltliche Diskussion im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zu diesem Thema, welche auch zur Zustimmung seiner Fraktion zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion führte.

An Herrn Bürgermeister Geier gewandt bat **Herr Wolter** um eine Erklärung dazu, wo die 12,5 Mio. € Anteilserlöse aus VNG abgebildet sind.

Desweiteren bat er um Auskunft, wie die Verwaltung zu einem Einsparvolumen von insgesamt 3 Mio. € im Jahr 2014, wirksam ab 01.01.2014, kommen wolle.

Zu den VNG-Erlösen stellte **Herr Bürgermeister Geier** fest, dass der Teil der VNG-Erlöse, der noch nicht abgeflossen ist im Sinne der Abstimmung mit dem Landesverwaltungsamt, sich in einer Rücklage befindet und solange entsprechend zinsbringend angelegt wurde. Und immer dann, wenn eine entsprechende Maßnahme, die mit dem Landesverwaltungsamt abgestimmt ist, abfließt, verringert sich der Betrag entsprechend.

Im Moment seien dort noch insgesamt 14,2 Mio. € enthalten. Da gehe es um zwei Maßnahmen, die ursprünglich aus dem Bereich der HAVAG vorgesehen waren, aber die aus verschiedenen Gründen so nicht kommen können.

Deshalb wurde in der Vorlage vorgeschlagen, 12,2 Mio. € davon für die personalwirtschaftlichen Maßnahmen zu verwenden.

Dazu erfolgte auch bereits eine Abstimmung mit der Kommunalaufsicht und das Landesverwaltungsamt habe mit Fax vom 24.09.2013 die Vorgehensweise der Stadt bestätigt.

**Herr Bürgermeister Geier** zitierte den Satzesatz des Schreibens des Landesverwaltungsamtes: *„Es bestehen daher meinerseits keine Bedenken, wenn anstatt der vorzeitigen Ablösung von Darlehen der HAVAG der entsprechende Teil der VNG-Erlöse für die oben genannten personalwirtschaftlichen Maßnahmen eingesetzt wird.“*

Auf die Anfrage von Herrn Wolter bezogen auf die 3 Mio. € führte **Herr Bürgermeister Geier** aus, dass diese Summe im Entwurf des Haushaltsplanes 2014 noch nicht enthalten sei, da man dabei mit einer Annahme arbeiten müsse, denn die konkreten Zahlen werde man erst nach entsprechender Diskussion und Beschlussfassung im Rat wissen, wenn man konkret auf die Mitarbeiterschaft zugehen könne. Dies sei ein gleitender Vorgang und die Verwaltung werde den Rat dann darüber informieren, in welchem Umfang, wie viele Mitarbeiter die verschiedenen Modelle in Anspruch nehmen.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, dankte der Verwaltung dafür, dass der Prozess der Personalanpassung in Angriff genommen wurde. Da sich die Einwohnerschaft der Stadt maßgeblich verringert hat, sei es notwendig, auch den Personalbestand anzupassen.

Seine Fraktion hoffe, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen ein positives Ergebnis bringen und dass die geäußerten Bedenken nicht eintreten und es stattdessen gelingt, durch die Umstrukturierung auch künftig die Dienstleistungen für die Bürger zu erbringen.

Man erwarte auch, dass über die personalwirtschaftlichen Maßnahmen nicht der Versuch unternommen wird, neue Stellen auszuheben, die dann wieder besetzt werden sollen, sondern dass gemeinsam an einem Strang gezogen und die Verwaltung effektiver wird.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, informierte darüber, dass der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion jetzt vollständig vorliege und er verlas die Namen der Mitglieder für den zeitweilig beratenden Ausschuss für Personalbedarfsplanung:

CDU-Fraktion

Fraktion DIE LINKE

SPD-Fraktion

FDP-Fraktion

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Fraktion MitBÜRGER für Halle

- NEUES FORUM

Herr Bönisch, Herr Misch, Herr Müller

Frau Nagel, Herr Dr. Meerheim, Herr Knöchel

Herr Krause, Herr Dr. Wend

Herr Dr. Wöllenweber

Herr Wehrich

Herr Wolter

Als Ausschussvorsitzender wurde Herr Krause, SPD-Fraktion, vorgeschlagen.

**Herr Bartl** bat um Abstimmung der Änderung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und im Anschluss um die Abstimmung des Änderungsantrages der SPD-Fraktion sowie der Beschlussvorlage.

**zu 6.16.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Realisierung personalwirtschaftlicher Maßnahmen zur Reduzierung der Personalaufwendungen im Zeitraum 2014-2018 (V/2013/12034) Vorlage: V/2013/12076**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Beschlusspunkt 3 wird wie folgt ergänzt:

Der Stadtrat bestätigt die von den Fraktionen vorgeschlagene Besetzung des zeitweiligen, beratenden Ausschusses für Personalbedarfsplanung. Als stimmberechtigte Mitglieder werden folgende Stadträtinnen und Stadträte von den Fraktionen vorgeschlagen:

Herr Bernhard Bönisch Herr Werner Misch Herr Raik Müller	CDU-Stadtratsfraktion
Frau Elisabeth Nagel Herr Dr. Bodo Meerheim Herr Swen Knöchel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Johannes Krause Herr Dr. Detlef Wend	SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP-Fraktion
Herr Dietmar Wehrich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

Als Ausschussvorsitzender wird vorgeschlagen: Herr Johannes Krause

**zu 6.16.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Realisierung personalwirtschaftlicher Maßnahmen zur Reduzierung der Personalaufwendungen im Zeitraum 2014-2018 (V/2013/11899) Vorlage: V/2013/12034**

---

**Abstimmungsergebnis:**

<b><u>Einzelpunkt abstimmung</u></b>	
<b>B.-Punkt 3</b>	<b>mehrheitlich zugestimmt</b>
<b>B.-Punkt 4</b>	<b>mehrheitlich zugestimmt</b>
<b>B.-Punkt 5</b>	<b>mehrheitlich zugestimmt</b>

### geänderter Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

Die Beschlussvorlage wird um folgende Beschlusspunkte ergänzt.

**4. 3.** Bevor die personalwirtschaftlichen Maßnahmen umgesetzt werden, führt die Verwaltung ein Verfahren zur Personalbedarfsplanung durch. Dieses Verfahren schließt eine Betrachtung von möglichem Aufgabenwegfall, Aufgabenkritik und eine Untersuchung der Ablauforganisation in allen Bereichen der Verwaltung ein und geht der Ausweisung von kw-Stellen voraus. Hierzu wird ein ~~Lenkungsausschuss aus Rat und Verwaltung~~ **zeitweiliger, beratender Ausschuss entsprechend der Hauptsatzung und Geschäftsordnung des Stadtrates gebildet (11 Mitglieder)** gebildet.

***Der Stadtrat bestätigt die von den Fraktionen vorgeschlagene Besetzung des zeitweiligen, beratenden Ausschusses für Personalbedarfsplanung. Als stimmberechtigte Mitglieder werden folgende Stadträtinnen und Stadträte von den Fraktionen vorgeschlagen:***

***Herr Bernhard Bönisch  
Herr Werner Misch  
Herr Raik Müller***

***CDU-Stadtratsfraktion***

***Frau Elisabeth Nagel  
Herr Dr. Bodo Meerheim  
Herr Swen Knöchel***

***Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)***

***Herr Johannes Krause  
Herr Dr. Detlef Wend***

***SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale)***

***Herr Dr. Hans-Dieter  
Wöllenweber  
Herr Dietmar Wehrich***

***FDP-Fraktion***

***Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN***

***Herr Tom Wolter***

***Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM***

***Als Ausschussvorsitzender wird vorgeschlagen: Herr Johannes Krause***

**5. 4.** Das Verfahren wird zuerst für die Stellen durchgeführt, die im Stellenplan 2014 als im Jahr 2014 wegfallend beschrieben werden sollen, mit dem Ziel, die Ergebnisse in den Beschluss zum Stellenplan 2014 einzuarbeiten. Anschließend wird es auf die gesamte Verwaltung ausgedehnt und die Ergebnisse in die Stellenpläne ab 2015 eingearbeitet.

**6. 5.** Die Modelle „Abfindung“ und „Rentenmodell“ sind grundsätzlich ausschließlich den Inhaberinnen und Inhabern von kw-Stellen anzubieten. Inhaberinnen und Inhabern von Stellen, die weiterhin benötigt werden, können diese Modelle angeboten werden, wenn die Nachbesetzung ihrer Stelle durch Inhaberinnen und Inhaber von kw-Stellen gesichert ist.

zu 6.16 Realisierung personalwirtschaftlicher Maßnahmen zur Reduzierung von Personalaufwendungen im Zeitraum 2014 bis 2018  
Vorlage: V/2013/11899

---

**Abstimmungsergebnis:**

**Einzelpunktabstimmung**

- B.-Punkt 1 mehrheitlich zugestimmt  
B.-Punkt 2 mehrheitlich zugestimmt  
B.-Punkt 3 mehrheitlich zugestimmt  
B.-Punkt 4-5 mehrheitlich zugestimmt

**geänderter Beschluss:**

1. Der Stadtrat stimmt den vorliegenden personalwirtschaftlichen Maßnahmen vorbehaltlich der Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde und des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Sachsen-Anhalt zu.
2. Der Stadtrat stimmt zu, zur Kompensation einmaliger Personalaufwendungen im Jahr 2013 (Bildung von Rückstellungen für Abfindungen, Rentenmodell und Arbeitszeitverkürzung mit Bonuszahlung) verbliebene VNG-Erlöse in der prognostizierten Höhe von ca. 12,5 Mio. Euro zu verwenden. Bei diesen verbliebenen VNG-Erlösen handelt es sich um Mittel aus der Nichtumsetzung der kommunalaufsichtlich genehmigten Maßnahme „HAVAG - Ablösung Kredit“ (Gesamtsumme 14,258 Mio. Euro).

Der Beschluss zur Umsetzung übriger Maßnahmen im Rahmen des Zukunftsfonds bleibt hiervon unberührt.

- 4. 3.** Bevor die personalwirtschaftlichen Maßnahmen umgesetzt werden, führt die Verwaltung ein Verfahren zur Personalbedarfsplanung durch. Dieses Verfahren schließt eine Betrachtung von möglichem Aufgabenwegfall, Aufgabenkritik und eine Untersuchung der Ablauforganisation in allen Bereichen der Verwaltung ein und geht der Ausweisung von kw-Stellen voraus. Hierzu wird ein ~~Lenkungsausschuss aus Rat und Verwaltung~~ **zeitweiliger, beratender Ausschuss entsprechend der Hauptsatzung und Geschäftsordnung des Stadtrates gebildet (11 Mitglieder)** gebildet.

**Der Stadtrat bestätigt die von den Fraktionen vorgeschlagene Besetzung des zeitweiligen, beratenden Ausschusses für Personalbedarfsplanung. Als stimmberechtigte Mitglieder werden folgende Stadträtinnen und Stadträte von den Fraktionen vorgeschlagen:**

**Herr Bernhard Bönisch  
Herr Werner Misch  
Herr Raik Müller**

**CDU-Stadtratsfraktion**

**Frau Elisabeth Nagel  
Herr Dr. Bodo Meerheim  
Herr Swen Knöchel**

**Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)**

**Herr Johannes Krause  
Herr Dr. Detlef Wend**

**SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale)**

**Herr Dr. Hans-Dieter  
Wöllenweber  
Herr Dietmar Wehrich**

**FDP-Fraktion**

**Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**Herr Tom Wolter**

**Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**

**Als Ausschussvorsitzender wird vorgeschlagen: Herr Johannes Krause**

**5. 4.** Das Verfahren wird zuerst für die Stellen durchgeführt, die im Stellenplan 2014 als im Jahr 2014 wegfallend beschrieben werden sollen, mit dem Ziel, die Ergebnisse in den Beschluss zum Stellenplan 2014 einzuarbeiten. Anschließend wird es auf die gesamte Verwaltung ausgedehnt und die Ergebnisse in die Stellenpläne ab 2015 eingearbeitet.

**6. 5.** Die Modelle „Abfindung“ und „Rentenmodell“ sind grundsätzlich ausschließlich den Inhaberinnen und Inhabern von kw-Stellen anzubieten. Inhaberinnen und Inhabern von Stellen, die weiterhin benötigt werden, können diese Modelle angeboten werden, wenn die Nachbesetzung ihrer Stelle durch Inhaberinnen und Inhaber von kw-Stellen gesichert ist.

Anmerkung

Durch Zustimmung zum Änderungsantrag V/2013/12034 wurde der Beschlussvorschlag der Verwaltung um die Punkte 3 bis 5 ergänzt.

**zu 6.17    Änderungsbeschluss zum Baubeschluss des Stadtrates V/2009/08/120 vom  
28.10.2009 - Erweiterung und Sanierung Feuerwache Süd  
Vorlage: V/2013/11651**

---

**Herr Kley, FDP-Fraktion,** führte aus, dass seine Fraktion den Beschluss befürworte, aber es große Bedenken dazu gäbe, dass die Fördermittel verlorengegangen sind.

Auch wurde das Thema im Hauptausschuss schon einmal diskutiert mit der Aufforderung an den Finanzbeigeordneten, sich um Fördermittel zu bemühen, was mit der Begründung abgelehnt wurde, dass die Sicherstellung der Eigenmittel durch die Stadt nicht gewährleistet werden könne. Aus seiner Sicht hätte man zu diesem Zeitpunkt noch einmal versuchen müssen, entweder über den Bescheid zu diskutieren, ihn vielleicht anzufechten oder auf jeden Fall einen neuen Antrag zu stellen. Man verschenke hier Millionen, die andere Städte sich vom Land holen würden.

Seine Fraktion werde dem Neubau zustimmen mit der Erwartung, dass es aus dem Finanzbereich noch einmal eine Auskunft darüber geben wird, warum so einfach auf die Fördermittel verzichtet wurde.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die Durchführung des Umbaus des Bestandsgebäudes Feuerwache Süd, Liebenauer Str.123.

**zu 6.18 Stadtbahnprogramm Halle Stufenbeschluss zur Stufe 2  
Vorlage: V/2012/10579**

---

**zu 6.18.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Stadtbahnprogramm Halle Stufenbeschluss zur Stufe 2 (Vorlage V/2012/10579)  
Vorlage: V/2013/12069**

---

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, erläuterte, dass seine Fraktion grundsätzlich das Ziel des Stadtbahnprogramms teile, welches zur Verbesserung des öffentlichen Naheverkehrs der Stadt Halle (Saale) diene und deshalb werde dem Antrag auch zugestimmt.

Dennoch wolle er auf zwei Punkte hinweisen und er führte aus, dass es bisher noch keine verbindliche Zusage über die erste Stufe des Stadtbahnprogramms gäbe und jetzt werde schon der zweite Schritt gegangen. Auch würde es sich um erhebliche Summen handeln, die verplant werden sollen und wofür die Stadt Eigenanteile leisten müsse.

**Herr Feigl** wies besonders auf die Passage mit dem Gimritzer Damm hin und er begrüßte die Planung von nur zwei Fahrspuren.

Bezogen auf den Änderungsantrag der FDP-Fraktion, die Merseburger Straße vierspurig auszubauen, erklärte **Herr Feigl**, dass dieser Antrag jeglicher Grundlage entbehre. Es werde weder mit Zahlen noch mit Prognosen begründet und er verwies darauf, dass die Haupterschließungsstraße (HES) irgendwann auch in ihrer Gänze funktionsfähig sei und diese würde erhebliche Auswirkungen auf die Verkehrsbelastung der Merseburger Straße haben.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, erläuterte im Hinblick auf den Änderungsantrag seiner Fraktion, dass man nur zwei Kernprojekte herausgegriffen habe, um davor zu warnen, maßgebliche verkehrsleitende Maßnahmen durchzuführen, die nicht im Sinne der Stadt Halle (Saale) sein könnten.

Dazu zähle zum einen die Frage der Vierspurigkeit der Merseburger Straße. Auf Nachfrage im Planungsausschuss wurde durch die Verwaltung mitgeteilt, dass man darüber nachdenke, die Vierspurigkeit dort zu beseitigen, wo die HES Entlastung bringe. Dies würde den Autoverkehr benachteiligen und man wollte an dieser Stelle eine Bremse ziehen.

Der zweite Punkt sei die Planung einer Wendeschleife an der Schwimmhalle in Halle-Neustadt. Damit würde man erklären, dass man den dahinter liegenden Bereich als nicht mehr wesentlich betrachte.

Seine Fraktion vertrete die Meinung, dass man sich auch mit den Wohnungseigentümern beraten müsse, um nicht vorschnell durch städtebauliche Maßnahmen den Stab über bestimmte Stadtbereiche zu brechen. Es müsse erst eine Diskussion stattfinden und es dürfe nicht die HAVAG, weil sie das meiste Geld und über die meisten Fördermittel verfüge, hier die Stadtplanung übernehmen.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, fragte beim Beigeordneten für Stadtentwicklung und Umwelt an, was der erste Teil des Änderungsantrages der FDP-Fraktion mit Blick auf die Fördermittel bedeute.

Zum gleichen Thema äußerte sich **Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE**, dahingehend, dass erst einmal die Beschlüsse zum Stadtbahnprogramm gefasst werden müssen, um die Verfahrenskette in Gang zu setzen.

Und wenn man die Mittel des Stadtplanprogramms nutzen möchte, sei es notwendig, einen eigenständigen Gleiskörper dorthin zu bauen und daneben die Fahrbahn. Herr Sieber verwies darauf, dass bei einer zweispurigen Strecke maximal noch Platz für einen Fußweg aber keinen Radweg geben würde, welcher an dieser Stelle aber notwendig sei.

Und Bezug nehmend auf die Bemerkungen zur Wendeschleife in Halle-Neustadt stellte **Herr Sieber** fest, dass im Planungsausschuss darauf verwiesen wurde, dass die Wendestelle nicht für alle Bahnen gelten soll, sondern im 15-Minuten-Takt einige Linien immer noch bis zur Endhaltestelle in Halle-Neustadt fahren werden. Damit werden zwar Kosten eingespart, es gäbe jedoch keine wesentliche Veränderung oder Verschlechterung für die ÖPNV-Nutzer.

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, erklärte, dass er in der Merseburger Straße zwischen Ammendorf und dem Anschluss der HES ein Problem dahingehend sehe, dass bei Schaffung eines eigenen Gleiskörpers die Straße nur noch einspurig wäre. Und gerade diesen Bereich sehe er als kritisch an und aus seiner Sicht seien Staus in beiden Richtungen vorprogrammiert. Deshalb sollte dieser Bereich noch einmal ernsthaft hinterfragt werden.

**Herr Sänger, CDU-Fraktion**, sprach sich dafür aus, die Vierspurigkeit in der Merseburger Straße beizubehalten, da seiner Meinung nach eine Entlastung durch die HES für die Merseburger Straße nur zum Teil begründet sei.

Und zum Thema Wendeschleife in Halle-Neustadt schloss er sich dem Vorschlag der FDP-Fraktion an.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, verwies auf den gemeinsam verabredeten Modus, wie mit Vorlagen beim Stadtplanprogramm umgegangen werden soll. Und der Stufenbeschluss sei die Legitimation für die Verwaltung, in der Stufe die einzelnen Maßnahmen weiter planerisch zu bewegen, um dann die Definition zu machen, wie der jeweilige Querschnitt und die Erfordernis ist.

Man habe auch schon bei der Maßnahme Steintor nicht nur die Leistungsfähigkeit für den öffentlichen Personennahverkehr betrachtet, sondern auch über komplizierte Lösungen gesprochen, um die Leistungsfähigkeit für den motorisierten Individualverkehr aufrecht erhalten zu können.

Und auch im Planungsausschuss wurde sich dazu verständigt, über die jeweiligen Abschnitte und über die Spurigkeit dann zu sprechen, wenn die Vorplanungen weiter vorangeschritten sind. Im Moment gäbe es bei vielen Maßnahmen erst grobe Definitionen.

Hinsichtlich der Anfrage in Richtung Fördermittelgeber informierte **Herr Beigeordneter Stäglin**, das noch nicht geklärt sei, ob ein- oder zweispurig gebaut werden soll und in der Gesamtlösung für die jeweilige Stufe der volkswirtschaftliche Mehrwert dargestellt werden muss. Auch sei zu beachten, dass bei der Herausnahme von bestimmten Punkten die HAVAG neu rechnen müsse, ob weiterhin das positive Ergebnis für die jeweilige Stufe erreicht werden kann und die grundsätzliche Förderfähigkeit für den Stufenbeschluss gegeben ist.

Zum Thema Zwischenwendeschleife merkte **Herr Beigeordneter Stäglin** an, das Thema weiter in der Planung zu belassen, da es eine betriebswirtschaftlich sinnvolle Maßnahme sei, die von Seiten der HAVAG begründet wurde.

Es gehe dabei nicht darum, den Straßenbahnverkehr in Richtung westliche Neustadt zu kappen, sondern es gehe um Betriebsabläufe. Im Moment sei das Straßenbahnnetz so aufgebaut, dass jede Bahn wegen der Wendenotwendigkeit immer bis zum Ende fahren müsse und die Zwischenwendeschleife biete die Möglichkeit, mit einem Betriebsprogramm zu reagieren.

Im Ergebnis dessen schlug **Herr Beigeordneter Stäglich** von Seiten der Verwaltung vor, den Änderungsantrag der FDP-Fraktion abzulehnen.

**zu 6.18.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum  
Stadtbahnprogramm Halle Stufenbeschluss zur Stufe 2 (Vorlage  
V/2012/10579)  
Vorlage: V/2013/12069**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Beschlussvorschlag wird ergänzt:*

*Die vierspurige Fahrbahn in der Merseburger Straße wird aufrechterhalten. Dies ist Bedingung für die Umsetzung des Einzelvorhabens Merseburger Straße (Punkt 4.2). Es werden demzufolge nur Maßnahmen realisiert, die bei einer vierspurigen Fahrbahn in der Merseburger Straße möglich sind.*

*Das Stadtplanungskonzept wird für Halle-Neustadt überarbeitet. Die Zwischenendstelle Schwimmhalle (Punkt 4.6) wird nicht realisiert.*

**zu 6.18 Stadtbahnprogramm Halle Stufenbeschluss zur Stufe 2  
Vorlage: V/2012/10579**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Die dargestellten Einzelvorhaben als Bestandteil der Stufe 2 des Stadtbahnprogramms werden bestätigt.

**zu 6.20 Integriertes Handlungskonzept „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“  
Vorlage: V/2013/11767**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**



Sie begründete es damit, dass bei einer so großen Sache, die die Peripherie der Stadt und den Erholungsraum deutlich verändere, die Bevölkerung intensiver mit einbezogen werden muss. Diese offene Debatte sei nicht passiert und die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger wurden aus ihrer Sicht nicht berücksichtigt.

Ihre Fraktion wolle, dass dort alles so bleibt wie es ist. Es gäbe dort einen naturbelassenen Raum, der touristisch insofern genutzt wird, als es eine ökologische Verbindung von Eigennutzungsverantwortung der dortigen Erholungssuchenden und der Landschaft gibt. Auch habe man an der Stelle die Möglichkeit für einen Wassersportverein seine Aktivitäten zu tätigen, die nicht erweitert oder verändert werden müssen.

Abschließend verwies **Frau Dr. Brock** darauf, dass eine so eklatante Veränderung des Gebietes nicht nur in Bezug auf die Deponie gewisse Risiken berge, sondern es habe auch auf das ökologische Gleichgewicht einen Einfluss.

Aus diesen Gründen plädiere ihre Fraktion dafür, den Erholungsraum mit diesem See zu belassen und der Vorlage nicht zuzustimmen.

**Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE**, erklärte, dass seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen werde, da aus ihrer Sicht die Antworten zu den Fragen nicht vertretbar seien und diese enorme Probleme aufgezeigt haben.

Mit der Versiegelung der Fläche für den Golfplatz würden Schäden an der landwirtschaftlichen Nutzfläche entstehen, die nicht reparabel sind.

Weiterhin kritisierte er die unverhältnismäßige Größe der Anlage. Hier sollen 115 Hektar für den Golfplatz reserviert werden. **Herr Sieber** wies darauf hin, dass es zum Beispiel im Regierungsbezirk Düsseldorf eine der kleinsten Golfanlagen mit insgesamt 44 Hektar gäbe und auch in Halle sollte bauplatzsparend gebaut werden.

Desweiteren führte **Herr Sieber** an, dass ein Drittel der Fläche auf die Deponie entfallen würde, welche für 25 Mio. € saniert wurde und man müsse davon ausgehen, dass in der Tonschicht durch das Bearbeiten Risse entstehen könnten, durch welche dann Wasser eindringen könnte.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, zeigte Verständnis dafür, dass sich einige Fraktionen gegen diesen Golfplatz einsetzen. Er wies aber auch darauf hin, dass es an dieser Stelle sehr gut gelungen sei, ein derartiges Vorhaben im Oberzentrum anzusiedeln und es sei auch noch gelungen, eine Deponie, die kaum für andere Nutzungsarten geeignet wäre, mit einzubeziehen.

Seine Fraktion sei der Meinung, dass ein sehr guter Kompromiss in der Änderung des Flächennutzungsplanes gefunden wurde und es damit die Möglichkeit weiterer Attraktionspunkte in Halle gäbe.

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, begründete seinen Änderungsantrag damit, dass er die vorgesehene Nutzung des Sees als vielmehr belastend empfinde, als den Golfplatz und er verwies darauf, dass die in der Vorplanung stehende Wakeboard-Anlage im ökologisch sensibelsten Bereich angesiedelt werden soll.

Eine Teilfläche davon wurde auch als Ausgleichsmaßnahme für die Hupertschließungsstraße (HES) festgelegt und sei im Grunde genommen eine Fläche, die wieder der Natur zugeführt wurde.

**Herr Feigl** äußerte auch große Bedenken dazu, dass an dieser Stelle die Umwegung des Geländes eingeschränkt und damit der Gesamtcharakter des Erholungsortes Hufeisensee stark beeinträchtigt wird und aus diesen Gründen warb er dafür, seinem Änderungsantrag zuzustimmen.

**Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE**, führte in seinen Betrachtungen weiter aus, dass die im Bauantrag genannte GmbH und Co. KG aufgrund der Konstruktion praktisch haftungsfrei sei, was bedeute, dass bei allen Problemen mit der Deponie durch eingelagerte Abfälle die volle Verantwortung bei der Stadt Halle (Saale) liegen würde.

Abschließend merkte **Herr Sieber** noch an, dass seine Fraktion nichts gegen Golfen in Halle habe, jedoch nicht an dieser Stelle.

**Herr Sängler, CDU-Fraktion**, wies darauf hin, dass sich der für dieses Thema zuständige Fachausschuss schon intensiv um dieses Thema bemüht habe und er könne nicht verstehen, dass im Stadtrat nochmals so ausführlich die Details dargestellt werden. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Zu den fachlichen Anmerkungen von Herrn Sieber zum Deponiebau erklärte **Herr Kley, FDP-Fraktion**, dass die Deponie damals mit Fördermitteln saniert wurde, um die Fläche wieder nutzbar zu machen. Wenn jetzt die Stadt beschliesse, dass die Fläche nicht wieder genutzt werde, sei vielleicht auch ein Teil der 25 Mio. € zurückzuzahlen. Und die Gefahr, die von Herrn Sieber dargestellt wurde, halte er für übertrieben.

Zusammenfassend stellte **Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, noch einmal dar, warum sich seine Fraktion gegen die Vorlage ausspreche und er führte aus, dass es auf dem Areal die einzige Möglichkeit gäbe, im Stadtgebiet von Halle naturnahe Erholung, verknüpft mit einer Badestelle, zu erleben. Die geplante Umnutzung würde den gesamten Raum so weit verfremden, dass er in diesem Sinne nicht mehr nutzbar wäre. Und auch der landwirtschaftlich genutzte Bereich um den See herum sei relativ naturnah erhalten.

In Bezug auf den Golfplatz merkte **Herr Wehrich** an, dass er bezweifle, dass dieser wirtschaftlich betrieben werden könne und solche Planungen oft mit dem Hintergrund verknüpft werden, die Entwidmung von Flächen zu erreichen, damit sie dann einer Bebauung zugänglich gemacht werden können.

Aus diesen Gründen sei eine solche Planung an dieser Stelle nicht sinnvoll und seine Fraktion werde auch die öffentliche Auslegung des Flächennutzungsplanes ablehnen.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, führte zum gleichen Thema aus, dass seine Fraktion der Vorlage zustimmen, aber mehrheitlich den Änderungsantrag ablehnen wird. Er begründete dies damit, dass durch Herrn Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, die Argumente und Risiken in der Antwort der Verwaltung sehr ausführlich dargestellt worden sind, diese nachvollziehbar seien und nicht so besorgniserregend, dass man das Gefühl habe, dass dort eine „Zeitbombe“ tickt. Seine Fraktion werde sich für eine Nutzung und eine Weiterentwicklung an diesem Standort einsetzen.

**zu 6.22.1 Änderungsantrag des Stadtrates Christian Feigl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Beschlussvorlage "Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 23 „Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee und Osendorfer See“- Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes" – Vorlagen-Nr. V/2013/11880  
Vorlage: V/2013/12066**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich abgelehnt**

## Beschlussvorschlag:

Beschlusspunkt 2 des Beschlusstextes erhält folgende Fassung:

2. *Der Stadtrat bestätigt den Entwurf der Änderung des Flächennutzungsplans, lfd. Nr. 23 „Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee“ mit den zwei Teilflächen „Hufeisensee“ und „Osendorfer See“ einschließlich der Begründung mit dem Umweltbericht. **Davon ausgenommen ist die vorgesehene zusätzliche Sonderbaufläche mit Zweckbestimmung Wassersport am Hufeisensee für eine Wakeboardanlage. Insoweit erfolgt keine Änderung des Flächennutzungsplanes, die betreffenden Flächen bleiben wie bisher als „Flächen für den Wald“ und „sonstige Grünflächen“ gekennzeichnet.***

zu 6.22 **Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 23 „Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee und Osendorfer See“-  
Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes  
Vorlage: V/2013/11880**

---

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

## Beschluss:

1. Der Stadtrat bestätigt die gegenüber dem Aufstellungsbeschluss vorgenommene Erweiterung des Geltungsbereiches der Teilfläche „Hufeisensee“.
2. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf der Änderung des Flächennutzungsplans, lfd. Nr. 23 „Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee“ mit den zwei Teilflächen „Hufeisensee“ und „Osendorfer See“ einschließlich der Begründung mit dem Umweltbericht.
3. Der Entwurf der Änderung des Flächennutzungsplans, lfd. Nr. 23, sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht sind öffentlich auszulegen.

zu 6.23 **Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur  
Organisation des ÖSPV (Kap. 6)  
Vorlage: V/2013/11831**

---

zu 6.23.1 **Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage  
Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur  
Organisation des ÖSPV (Kap. 6) (V/2013/11831)  
Vorlage: V/2013/11883**

---

**Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE**, informierte, dass mit dem Beschluss zum Nahverkehrsplan der Änderungsantrag gestellt wurde, dass durch den Vertragspartner der Stadt, in dem Fall die HAVAG, bei beabsichtigter Leistungsvergabe sicherzustellen sei, dass dieselben Tarifbedingungen für die Subunternehmer gelten sollten, wie für die Beschäftigten der HAVAG.

Mit dieser Regelung wollte man erreichen, dass ein Verkehrsunternehmen, vielleicht um Engpässe auszugleichen, Spitzenzeiten abzumildern, was auf das Anlagevermögen zielt, tatsächlich fremdvergeben kann. Es sollte verhindert werden, dass Fremdvergaben erfolgen, um Personalausgaben einzusparen. Dafür habe es einen Beschluss des Stadtrates gegeben.

Der jetzt vorliegende Änderungsantrag des Oberbürgermeisters sage aus, dass es aus Haushaltserwägungen nicht egal sei, ob der Busfahrer von der HAVAG oder einem anderen Unternehmen ist. Damit würde man Lohndumping in Höhe von 815.000 € zustimmen.

**Herr Knöchel** merkte an, das er erwartet habe, dass die Grundsätze, die im Rat miteinander vereinbart wurden, in den entsprechenden Gesellschafterversammlungen eine Rolle gespielt hätten.

Er führte weiterhin aus, dass seine Fraktion dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zustimmen werde, weil dies wahrscheinlich vor dem EU-rechtlichen Hintergrund die Lösung sei, um ein Mindestmaß an tariflichen Bedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sichern.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, merkte zum Änderungsantrag seiner Fraktion an, dass man die Haushaltslage zu beachten habe, aber trotzdem die Verhältnismäßigkeit in einer Entgeltsituation der Beschäftigten gewahrt sein müsse.

Der Antrag sei aus seiner Sicht verhältnismäßig, da er auf die als repräsentativ erklärten Tarifverträge durch das Land Sachsen-Anhalt abziele.

In Bezug auf die Ausführungen von Herrn Knöchel und Herrn Krause, welche auch als Vertreter der Gewerkschaften tätig sind, führte **Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, aus, dass diese der Verwaltung unterstellen, auf Grund von betriebswirtschaftlichen Betrachtungen unterschiedliche Tarife zu befürworten und gleichzeitig würden sie in ihrer Fraktion Auslagerungen von Dienstleistungen zu anderen Tarifen zustimmen.

**Herr Wolter** nannte als Beispiel den Haustarifvertrag der Theater, Oper und Orchester GmbH, wo es keinerlei Proteste gegeben habe.

Zu den Anmerkungen von Herrn Wolter wies **Herr Knöchel** darauf hin, dass die Änderungsanträge, welche die Fraktion DIE LINKE zwischendurch immer gestellt hätten, tariftreue Klauseln und tarifliche Mindestanforderungen beinhalteten. Und über den Haustarifvertrag für die Theater, Oper und Orchester GmbH sei man auch nicht begeistert gewesen.

**Herr Krause** stellte ebenfalls klar, dass Haustarife oft in schwierigen Situationen verhandelt werden und die jeweilige Gewerkschaft auf die Situation in dem jeweiligen Unternehmen eingehe.

Die Stadt habe mit der HAVAG einen sogenannten Sozialtarifvertrag für 12 Jahre vereinbart, in dem die Beschäftigten freiwillig auf 10 % ihres Einkommens verzichtet haben. Dies schlage sich auch auf die Rente durch und wurde zur Arbeitsplatzsicherung abgeschlossen. Jetzt werde vorgeschlagen, dass vom Land sanktionierte, repräsentative Tarifverträge zur Geltung kommen.

**Herr Sänger, CDU-Fraktion**, informierte, dass die CDU-Fraktion der Änderung des Nahverkehrsplanes zustimmen werde, unter der Bedingung, dass der Änderungsantrag der SPD-Fraktion abgelehnt werde, denn die Stadt könne es sich nicht leisten, den Haushalt weiter in Größenordnungen zu belasten.

**zu 6.23.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage  
Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur  
Organisation des ÖSPV (Kap. 6) (V/2013/11831)  
Vorlage: V/2013/11883**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

25 Ja-Stimmen

22 Nein-Stimmen

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt:

Der Text der Beschlussvorlage wird durch folgenden Text ersetzt:

Der Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (einschließlich aller angenommenen Änderungsanträge) wird wie folgt geändert:

**Änderung** Rückführung der Festsetzung 6.4 in die ursprüngliche Fassung der Stadtverwaltung sowie folgerichtige Anpassung der Festsetzung 6.6 (s. u., *Änderungen kursiv*)

**F 6.4** Die Verkehrsunternehmen (Konzessionäre) haben, auch beim Einsatz von Subunternehmern, die folgenden Anforderungen zu gewährleisten:

[...]

4. Für die zur Erbringung der Linienverkehrsleistungen eingesetzten Beschäftigten ist **der jeweils gültige repräsentative Tarifvertrag gemäß Paragraf 10 (2) Vergabegesetz LSA anzuwenden.**"

**F 6.6** Bei einem Wechsel des Anbieters von Linienverkehrsleistungen ist das neu eintretende Verkehrsunternehmen zu verpflichten, die für die zu erbringende Verkehrsleistung erforderlichen Mitarbeiter des bisherigen Verkehrsunternehmens zu den im **jeweils gültigen repräsentativen Tarifvertrag gemäß Paragraf 10 (2) Vergabegesetz LSA** vereinbarten Bedingungen zu übernehmen.

**zu 6.23 Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur  
Organisation des ÖSPV (Kap. 6)  
Vorlage: V/2013/11831**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

26 Ja-Stimmen

16 Nein-Stimmen

6 Enthaltungen

**geänderter Beschluss:**

Der Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (einschließlich aller angenommenen Änderungsanträge) wird wie folgt geändert:

**Änderung** Rückführung der Festsetzung 6.4 in die ursprüngliche Fassung der Stadtverwaltung sowie folgerichtige Anpassung der Festsetzung 6.6 (s. u., *Änderungen kursiv*)

**F 6.4** Die Verkehrsunternehmen (Konzessionäre) haben, auch beim Einsatz von Subunternehmern, die folgenden Anforderungen zu gewährleisten:  
[...]

4. Für die zur Erbringung der Linienverkehrsleistungen eingesetzten Beschäftigten ist **der jeweils gültige repräsentative Tarifvertrag gemäß Paragraf 10 (2) Vergabegesetz LSA anzuwenden.**"

**F 6.6** Bei einem Wechsel des Anbieters von Linienverkehrsleistungen ist das neu eintretende Verkehrsunternehmen zu verpflichten, die für die zu erbringende Verkehrsleistung erforderlichen Mitarbeiter des bisherigen Verkehrsunternehmens zu den im **jeweils gültigen repräsentativen Tarifvertrag gemäß Paragraf 10 (2) Vergabegesetz LSA** vereinbarten Bedingungen zu übernehmen.

Anmerkungen:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung sah folgende Änderungen vor:

Rückführung der Festsetzung 6.4 in die ursprüngliche Fassung der Stadtverwaltung sowie folgerichtige Anpassung der Festsetzung 6.6 (s. u., *Änderungen kursiv*)

**F 6.4** Die Verkehrsunternehmen (Konzessionäre) haben, auch beim Einsatz von Subunternehmern, die folgenden Anforderungen zu gewährleisten:  
[...]

4. Für die zur Erbringung der Linienverkehrsleistungen eingesetzten Beschäftigten ist *mindestens ein jeweils gültiger Tariflohn des Verkehrsgewerbes* zu zahlen.

Erläuterung: Zur Wahrung einheitlicher Qualitätsstandards sind, ungeachtet der Verantwortung des  Betreibers des Linienverkehrs, an die Verkehrsunternehmen hohe Maßstäbe bezüglich  Verkehrssicherheit und Verbraucherschutz zu setzen. Mangels eindeutiger rechtlicher Normen  für Subunternehmen im Linienverkehr sind im Nahverkehrsplan ergänzende Regelungen zu  verankern, die diesen Anspruch gewährleisten.

**F 6.6** Bei einem Wechsel des Anbieters von Linienverkehrsleistungen ist das neu eintretende Verkehrsunternehmen zu verpflichten, die für die zu erbringende Verkehrsleistung erforderlichen Mitarbeiter des bisherigen Verkehrsunternehmens zu den *bis dato gewährten Arbeitsbedingungen* zu übernehmen, *soweit sie das bisherige Verkehrsunternehmen freisetzen würde.*

Erläuterung: Die Stadt Halle (Saale) kommt damit ihrer sozialen Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern im ÖPNV, welche überwiegend auch Bürger der Stadt Halle (Saale) sind, nach.



Die vorgelegte Neustrukturierung sei zwar machbar und vielleicht eine gute Lösung im Vergleich zur jetzigen Struktur des ZGM, es stelle sich aber die Frage, ob deswegen der Eigenbetrieb ZGM aufgelöst und in die Verwaltungsstruktur zurückgeholt werden müsse.

**Herr Dr. Meerheim** fragte an, ob die Gründe, die damals zum Beschluss zur Gründung des Eigenbetriebes ZGM geführt haben, nicht mehr bestehen würden und weshalb jetzt 290 Beschäftigte aus dem Eigenbetrieb ZGM und den Fachbereichen Liegenschaften, Stadtgrün und Bildung zusammengeführt werden sollen.

**Herr Dr. Meerheim** berichtete weiter, dass er eine solche Umstrukturierung innerhalb der Immobilienwirtschaft schon einmal bei der GWG mitgemacht habe. Dort wurde eine umfassende Restrukturierung der gesamten Organisation der Immobilienwirtschaft vorgenommen. Damals gab es 120 Mitarbeiter und jetzt nur noch unter 100 und man hatte zweieinhalb Jahre Zeit für die Umstrukturierung.

Der in der Vorlage vorgeschlagene Zeitraum für die Umstrukturierung sei seiner Meinung nach zu knapp bemessen, zumal auch nicht hervorgehe, wer die Strukturüberlegungen umsetzen soll und wie die vier Planstellen Managementaufgaben zu besetzen sind.

Es sollen 290 Personen zum neuen Amt Immobilienmanagement zusammengeführt werden und die angegebene Zielgröße belaufe sich auf 206. **Herr Dr. Meerheim** machte deutlich, dass in der Vorlage selbst von 20 – 40 kw-Stellen gesprochen werde und es keine Aussage dazu gäbe, was mit den restlichen Stellen passiere.

Auch gab er zu bedenken, dass nach der jetzigen Struktur ein Amt, was eigentlich für Immobilienstrategie verantwortlich sei, zur Abteilung degradiert werde, denn das Liegenschaftsamt hätte schon die letzten Jahre Immobilienstrategie machen müssen. Jedoch sei es strategisch nur so aufgestellt gewesen, Vermögen zu veräußern, um Haushaltskonsolidierung zu betreiben oder zusätzliche Mittel zu erwirtschaften, um bestimmte Bauten in der Stadt realisieren zu können.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, teilte grundsätzlich die von Herrn Dr. Meerheim vorgetragene Bedenken, wies aber auch darauf hin, dass es einen langen Prozess für den Beschluss gab. Und zum Abschluss der ersten Etappe wurde ein Grundsatzbeschluss gefasst, mit dem alle einverstanden waren, auch über den Sachverhalt des Personalüberganges. Und er gehe davon aus, dass im Betriebsausschuss Eigenbetrieb ZGM, noch vorgestellt wird, wie die Umsetzung auch im Detail funktionieren soll.

**Herr Krause** bat darum, dem Beschluss zuzustimmen, da es die Voraussetzung gäbe, dass ein geordneter Übergang stattfindet, da die Beschäftigten erst einmal zurück in die Stadt gehen werden. Im Betriebsausschuss ZGM müsse dann eine weitere Klärung dazu erfolgen.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, zeigte sich überrascht von dem Wunsch von Herrn Dr. Meerheim nach einer weiteren Auseinandersetzung zu diesem Thema und erklärte, dass er sich im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zu diesem Tagesordnungspunkt nicht zu Wort gemeldet habe, weil im Eigenbetriebsausschuss ZGM ausführlich über den Antrag und die Beschlussvorlage diskutiert worden sei.

Er informierte darüber, dass es dort zwei Meinungen gegeben habe. Die einen hätten den Plan unterstützt und die anderen konnten sich das nicht vorstellen, da nicht ausführlich dargelegt war, wo die Aufgabenteilung und der Vorteil bei der Auflösung des Eigenbetriebes ZGM und der Schaffung eines Fachbereiches liege. In der Abstimmung wurde dann aber mehrheitlich der Beschlussvorlage zugestimmt.

**Herr Wolter** führte weiter aus, dass seine Fraktion die Auffassung des Oberbürgermeisters und dessen Vorschlag nicht teile und gegen die Beschlussvorlage stimmen werde. Es sei für sie nicht nachvollziehbar, weil es inhaltlich keine klare Verfahrensweise gäbe, was dort besser untersetzt, finanziert bzw. besser zugeordnet stattfinden soll.

Der Eigenbetrieb ZGM biete genauso und vielleicht in vielen Punkten besser die Möglichkeit, die Aufgaben, die im Fachbereich konzentriert werden sollen, zu erledigen.

Auch habe man im Eigenbetriebsausschuss immer wieder feststellen müssen, dass die Unterfinanzierung das eklatanteste Problem beim Eigenbetrieb ZGM gewesen ist. Es gab einen Immobilienwertverbrauch in den letzten Jahren, der nicht zu verantworten war und auch mit der Rückführung in die Verwaltung werde sich dies nicht ändern.

**Herr Wolter** führte abschließend aus, dass seine Fraktion den Vorschlag der Umwandlung des Eigenbetriebes ZGM in einen Fachbereich nicht teile.

**Herr Dr. Meerheim** merkte noch einmal zum Thema an, dass er mit der Diskussion der erweiterten Öffentlichkeit mitteilen wolle, welche Position seine Fraktion zu diesem Thema habe.

Ein Schwachpunkt der Vorlage sei auch, dass mit dem Schritt der Rückführung in die Verwaltung Transparenz aufgegeben werde.

Und er stimmte Herrn Wolter dahingehend zu, dass mit der Umstrukturierung keine Mehrausgaben im Haushalt für diese Aufgaben zur Verfügung gestellt werden können, als für den Eigenbetrieb ZGM. In diesem Zusammenhang fragte er an, woher die Zahlen bei der Position – Anpassung DV – 118.000 € stammen. Ebenso gäbe es keine Erklärung zum Personalaufwand für die zusätzlichen vier Personalstellen.

**Herr Dr. Meerheim** führte weiterhin aus, dass er auch nicht nachvollziehen könne, woher die Synergieeffekte kommen sollen, insbesondere die Effizienzsteigerung bei der Immobilienbewirtschaftung ab 2015 in Höhe von 250.000 €.

Nach seiner Auffassung sei eine Zustimmung zur Vorlage verantwortungslos.

Zum gleichen Thema äußerte sich **Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, und merkte an, dass seine Fraktion beschlossen habe, der Vorlage zuzustimmen, auch wenn es ganz unterschiedliche Motive dazu geben würde. Er begründete seine Zustimmung damit, dass endlich das „schwarze Schaf“ weg sei, auf welches immer gezeigt wurde, wenn etwas nicht klappte. Und mit dem Strukturvorschlag gäbe es die Chance, dass es in Zukunft besser funktioniert.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, zeigte sich erstaunt über die Lob- bzw. Gegenreden zum Eigenbetrieb ZGM und erinnerte an die letzten Bildungsausschüsse, wo eine Turnhalle auf der Agenda stand und dazu festgestellt wurde, dass es viele Unstimmigkeiten von Seiten des Eigenbetriebes ZGM gab.

Und wenn jetzt ein neuer Weg gegangen werden soll, dann sollte man es auch probieren.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, erklärte, dass aus Sicht seiner Fraktion die Transparenz beim Eigenbetrieb ZGM nicht vorhanden war und mit dieser Neustrukturierung hoffe man, dass diese jetzt gegeben ist und die Verantwortlichkeiten in der Verwaltung geklärt sind.

Seine Fraktion erwarte eine vernünftige Entscheidungslinie, um künftig in der Stadt Vorhaben für die Bürger schneller durchbringen zu können.

**Herr Häder, Fraktion, MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, äußerte sich dahingehend, dass er der Konzeption der Verwaltung keine wirklich andere Struktur entnehmen könne. Im Endeffekt erhalte alles einen neuen Namen ohne inhaltlich etwas zu bewirken. Zuerst müsse ein Konzept vorhanden sein, von dem man überzeugt sei und dann könne zugestimmt werden.

Bezogen auf die Veränderungen für die Mitarbeiter führte **Herr Häder** aus, dass es eine extreme Belastung für die Mitarbeiter sowohl beim Eigenbetrieb ZGM als auch in der Verwaltung geben wird, wo zwei größere Organisationen zusammengeführt werden sollen.

**Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE**, schloss sich den Ausführungen von Herrn Häder an, wies aber darauf hin, dass Strukturveränderungen zuweilen auch neue Energien freisetzen.

Und die nun aufgeführten Argumente seien auch schon damals aufgeführt worden, um das ZGM auszugliedern. Damit gehe es jetzt nicht so sehr um die Struktur, sondern um die Managementphilosophie, die im Eigenbetrieb ZGM vertreten werde.

Deshalb sei vorher auch die Frage zu klären, wie ein künftiges Konzept für die Gestaltung des ZGM in seiner Dienstleistungsfunktion gegenüber der Stadtverwaltung und gegenüber den Bürgern und dem Stadtrat definiert werde. Und wenn man nicht selbst definiere, welche künftigen Dienstleistungen man sich vorstelle, sei eine Umstrukturierung auch nicht notwendig.

**Herr Krause** äußerte seine Bedenken dahingehend, dass es noch kein Konzept gäbe und man überlegen sollte, der Verwaltung den Auftrag dafür zu geben, bevor eine Entscheidung zur Auflösung des Eigenbetriebes ZGM gefasst werde. Es könne der Verwaltung ein gewisser Zeitkorridor zur Erstellung des Konzeptes eingeräumt und eine Sondersitzung anberaumt werden.

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, merkte an, dass er ebenfalls dem Beschluss kritisch gegenüberstand, da das Gutachten der bbvl (Beratungsgesellschaft für Beteiligungsverwaltung) zu dem Ergebnis kam, dass es egal sei, unter welcher Struktur die städtischen Immobilien bewirtschaftet werden, da es an der konkreten Vorgabe der Stadt zur Immobilienbewirtschaftung mangelte.

Im Rahmen der Diskussionen in den Ausschusssitzungen sei aber auch klar geworden, dass sich vor allem die Zersplitterung der Kompetenzen innerhalb der Verwaltung deutlich verbessern würde, weil die Immobilienbewirtschaftung dann in einer Organisationseinheit der Stadt liege.

In Bezug auf die Ausführungen von Herrn Krause verwies **Herr Wehrich** darauf, dass die Einforderung weiterer Details nicht zielführend sei, da die Argumente eindeutig aufgeführt worden sind.

Und aus diesen Gründen plädierte **Herr Wehrich** für eine Abstimmung zur Entscheidung über die Auflösung des Eigenbetriebes ZGM, um der Verwaltung die Möglichkeit zu geben, entsprechend die Kompetenzen zu straffen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** führte dazu aus, dass die Verwaltung mit der Organisationsänderung versucht habe, die Effizienz in der Verwaltungsarbeit zu verbessern. Man sehe hier Synergien im Rahmen der Eingliederung des ZGM in die Verwaltung. Dies sei auch vorteilhaft und vollständig dargestellt sowie in allen Anfragen beantwortet worden.

An Herrn Krause gewandt, erklärte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass die Stadt nichts mehr nachliefern könne, er aber den Vorschlag unterbreite, fortlaufend darüber zu berichten, in welchen Schritten nach und nach die Eingliederung vorgenommen werden soll.

In diesem Zusammenhang bat er die Stadträte um Begleitung des Prozesses, damit die aufgeführten Anregungen und die Kritik aufgegriffen und bearbeitet werden können.

Zum jetzigen Zeitpunkt halte er die Vorlage für entscheidungsreif und bat um Zustimmung.

**Herr Dr. Meerheim** machte abschließend noch einmal deutlich, dass laut Beschlussvorschlag der Verwaltung die Satzung des Eigenbetriebes aufzuheben und der Betriebsleiter abgerufen ist und damit auch die Abberufung des Fachbereichsleiters für Liegenschaften zur Diskussion stehen würde.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**geänderter Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die Auflösung des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement zum 31.12.2013 und beauftragt den Oberbürgermeister, die entsprechenden Umsetzungsschritte vorzubereiten und ~~—soweit erforderlich—~~ dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Dies umfasst u.a. folgende Schritte:

- Aufhebung der Satzung des EB ZGM
- Abberufung des Betriebsleiters EB ZGM

**zu 7      Wiedervorlage**

---

**zu 7.1      Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Ausbau des Saalekanals  
Vorlage: V/2013/11480**

---

**Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE**, verwies auf die unterschiedlichen Voten bei der Einzelabstimmung der Beschlusspunkte im Hauptausschuss und erläuterte den Punkt 1 dahingehend, dass damit abgesichert werden soll, dass nicht das Land für die Stadt, sondern die Verwaltung selbst ein Nutzungskonzept erarbeitet. Denn bei der Saale als wichtige Wasserstraße durch Sachsen-Anhalt und wichtiger Fluss in Halle müsse die Stadt die Initiative ergreifen, um mit der Konferenz die Befassung über Zukunftsszenarien zu erreichen.

Und Bezug nehmend zum Punkt 5, bis zum Vorliegen des schlüssigen Gesamtkonzeptes die Entscheidungen zum Hafen Trotha auszusetzen, führte **Herr Sieber** an, dass damit gemeint sei, das Ergebnis des Nutzungskonzeptes abzuwarten.

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, beantragte eine getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte des Antrages, da seine Fraktion nur den Punkten 3 und 4 zustimmen und die anderen Punkte ablehnen werde.

Er begründete dies damit, dass die Erstellung eines Nutzungskonzeptes für die Saale keinen Sinn mache, auch unter der Prämisse, dass man den Punkt *ohne Saaleseitenkanal* gestrichen habe.

Und auch im Hinblick darauf, dass man nicht wisse, was für einen Freizeitschiffsverkehr man auf der Saale haben wolle und nur wenn der Saaleseitenkanal nicht gebaut wird, lohne es, sich über solche Punkte zu unterhalten.

**Herr Wehrich** erklärte weiter, dass er den Punkt 2 für vollkommen überflüssig halte, da man bei den Unternehmen nur Transportkapazitäten abfragen könne und es den Status quo gäbe, dass die Saale für den Transportverkehr keine Rolle bei den Unternehmen spielt.

Seine Fraktion werde den Punkten 3 und 4 zustimmen, jedoch zum Punkt 5 widersprach **Herr Wehrich** ganz ausdrücklich den Ausführungen von Herrn Sieber, denn es müsse die Realität anerkannt werden, dass der Saaleseitenkanal nicht gebaut wird. Es gäbe auch im Bundesverkehrswegeplan keinen Platz für den Saaleseitenkanal, weil das Kosten-Nutzen-Verhältnis für dieses Projekt zu schlecht sei.

Er machte aber darauf aufmerksam, dass die Entscheidungen zum Hafen Halle nicht von einem Gesamtkonzept abhängig gemacht werden sollten und es notwendig sei, im Stadtrat über den Hafen als Logistikstandort und über die Zukunft des Hafens als Gesellschaft zu diskutieren. Auch sei es nicht hinnehmbar, dass diese Gesellschaft mit den Defiziten indirekt den Stadthaushalt belastet.

Bezogen auf den Punkt 5 merkte **Herr Wehrich** an, dass damit eine Vorfestlegung getroffen werde, welche zum jetzigen Zeitpunkt nicht angebracht sei und deshalb werde der Punkt abgelehnt.

Auch **Herr Krause, SPD-Fraktion**, erklärte, dass seine Fraktion nur den Punkten 3 und 4 zustimmen und die anderen Punkten ablehnen werde und er stimmte den Ausführungen von Herrn Wehrich zu.

Als weitere Begründungen für die Ablehnung zeigte **Herr Krause** auf, dass zum Beispiel die Investitionsentscheidungen am Hafen schon abgeschrieben seien und man auch die Verhältnismäßigkeit von Aufwand und Nutzen sehen müsse. Gleichwohl wolle man keine Punkte beschließen, die nach Berlin oder nach Magdeburg signalisieren, dass es keiner weiteren Bemühungen bedarf.

Aus diesem Grund werde seine Fraktion den Punkten 1, 2 und 5 nicht zustimmen.

Abschließend stellte **Herr Wehrich** noch einmal klar, dass es das Hauptanliegen des Antrages sei, sich mit der Gesellschaft und den Defiziten, die diese Gesellschaft produziere, auseinanderzusetzen.

Und an Herrn Krause gewandt, merkte **Herr Wehrich** an, dass der Bund indirekt schon eine Entscheidung getroffen habe, da er sich nicht zu diesem Projekt bekannte und demzufolge müsse man die Realität anerkennen, dass der Saaleseitenkanal nicht gebaut wird.

#### **Abstimmungsergebnis:**

#### **Einzelpunkt abstimmung**

<b>B.-Punkt 1</b>	<b>mehrheitlich zugestimmt</b> 23 Ja-Stimmen 22 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen
<b>B.-Punkt 2</b>	<b>mehrheitlich abgelehnt</b>
<b>B.-Punkt 3</b>	<b>mehrheitlich zugestimmt</b>
<b>B.-Punkt 4</b>	<b>mehrheitlich zugestimmt</b>
<b>B.-Punkt 5</b>	<b>mehrheitlich zugestimmt</b> 23 Ja-Stimmen 22 Nein-Stimmen 3 Enthaltungen

#### **geänderter Beschluss:**

Verantwortung für die Zukunft der Saale übernehmen

Nachdem die Entscheidung über den Bau des Saale-Seitenkanals erneut vertagt wurde, sollte die auf das Engste mit dem Fluss verbundene Stadt Halle/ Saale die Initiative ergreifen, um sich Gedanken über deren weitere Zukunft ~~auch ohne einen Seitenkanal~~ zu machen.

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Stadt Halle (Saale) ergreift die Initiative und lädt alle Saaleanlieger und Nutzungsinteressenten zu einer Konferenz über die zukünftige Gestaltung und Nutzung der Saale (~~ohne Saaleseitenkanal~~) ein.
2. Der OB wird gebeten, die Hafengesellschaft zu beauftragen, bei der verladenden Wirtschaft definitive Aussagen zur Bereitschaft der Unternehmen zu erlangen, Schiffstransporte unter den gegebenen Schifffahrtsbedingungen durchzuführen.
3. Die Stadtverwaltung entwickelt konzeptionelle Vorstellungen zur zukünftigen Rolle der Stadt Halle als Mitglied des „Blauen Bandes“.
4. Der Prozess der Ideenfindung, Diskussion und Entscheidungsvorbereitung ist so bürgernah wie möglich auszugestalten.
5. Bis zum Vorliegen eines schlüssigen Gesamtkonzeptes ~~sind~~ **sollen** Grundsatzentscheidungen über den Hafen Halle-Trotha ~~auszusetzen~~ **ausgesetzt werden**.

---

**zu 7.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Gedenktafel für Kurt Wabbel am Erdgas Sportpark  
Vorlage: V/2013/11851**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, die unter Denkmalschutz stehende Gedenktafel für Kurt Wabbel am Erdgas Sportpark in einen ordentlichen Zustand zu versetzen.*

---

**zu 7.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Verschmelzung von HWG und GWG  
Vorlage: V/2013/11723**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**  
24 Ja-Stimmen  
15 Nein-Stimmen  
4 Enthaltungen

**geänderter Beschluss:**

Der Stadtrat fordert die Stadtverwaltung auf, **die verschiedenen Formen des Zusammengehens** Verschmelzung der HWG - Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH und **der GWG** Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH **mit zunächst eigenen Ressourcen** zu prüfen.

**zu 7.8 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Behandlung aller Beraterverträge der Stadt Halle (Saale) im Hauptausschuss**  
**Vorlage: V/2013/11774**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat sieht mit der zunehmenden Zahl von Beraterverträgen für die Stadt Halle (Saale) Probleme durch Doppelerledigungen von Verwaltungsaufgaben, verstärkten Kontrollnotwendigkeiten der Arbeit der Berater, Abwanderung von Fachwissen aus der Verwaltung, entstehende Abhängigkeiten zu bestimmten Beratern und Ersatz von Weiterbildung durch Einkauf von Fremdwissen.*

*Der Hauptausschuss beschließt über Inhalt und Umfang von Aufträgen an externe Berater. Ohne diesen Beschluss erfolgt keine Freigabe von Haushaltsmitteln.*

**zu 7.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Bereitstellung von Kinderbetreuung während der Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse**  
**Vorlage: V/2013/11791**

---

**Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, begründete den Antrag ihrer Fraktion damit, dass die Stadtratsarbeit zu familienunfreundlichen Zeiten stattfindet, zu denen keine regulären Kinderbetreuungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Die Verwaltung werde beauftragt, eine Kinderbetreuungsmöglichkeit zu organisieren, da sie nach Gemeindeordnung LSA verpflichtet sei, die Kosten der Kinderbetreuung für die Mandatsträger zu übernehmen. Damit solle erreicht werden, dass zur nächsten Kommunalwahl mehr junge Leute antreten.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**geänderter Beschluss:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, **dem Stadtrat im 1. Quartal 2014 ein Konzept für ein Kinderbetreuungsangebot für Stadtrats- und Ausschussmitglieder während der Stadtratssitzungen und den Sitzungen der Ausschüsse des Stadtrates für dessen nächste Wahlperiode vorzulegen.** ~~für die nächste Wahlperiode des Stadtrates ein Kinderbetreuungsangebot für Stadtrats- und Ausschussmitglieder während der Stadtratssitzungen und den Sitzungen der Ausschüsse des Stadtrates anzubieten. Im 1. Quartal 2014 ist dem Stadtrat ein entsprechendes Konzept zur Umsetzung vorzulegen.~~

**zu 7.12 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Bedarfs- und Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung  
Vorlage: V/2013/11855**

---

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, machte noch einmal klar, dass der Bedarfs- und Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung rechtzeitig vorgelegt werden müsse, damit er wirklich den Charakter einer Planungsvorgabe erfülle. Und man sei der Verwaltung schon insofern entgegen gekommen, dass der Plan im Dezember vorzulegen ist, was vom Jugendamt auch als leistbar betrachtet wurde.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**geänderter Beschluss:**

1. Der jährliche Bedarfs- und Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung der Stadt Halle (Saale) wird dem Stadtrat zukünftig spätestens im ~~Oktober~~ **Dezember** des Vorjahres zur Beschlussfassung vorgelegt.
2. Der Bedarfs- und Entwicklungsplan wird um die Darstellung einer sozialraumbezogenen Planung der Betreuungskapazitäten im Bereich Kinderkrippe und Kindergarten erweitert.
3. Zudem werden ab dem Planungszeitraum für 2014 die Betreuungskapazitäten in der Kindertagespflege berücksichtigt.

**zu 7.13 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beteiligung der Stadt Halle an der Earth Hour-Aktion  
Vorlage: V/2013/11636**

---

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, äußerte sich erstaunt darüber, dass sich so schnell eine Mehrheit gefunden habe, an dieser Aktion mitzumachen. Seine Fraktion werde den Antrag mittragen, auch wenn sie die Maßnahme für sinnlos erachte.

In diesem Zusammenhang erinnerte **Herr Kley** an den Antrag seiner Fraktion, das Händel-Denkmal zu erleuchten, welcher auch im Stadtrat angenommen, jedoch noch nicht umgesetzt wurde.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sich im Jahr 2014 und fortführend am Aktionstag Earth Hour zu beteiligen und entsprechend auch auf die Beteiligung kommunaler Unternehmen einzuwirken.





**Herr Knöchel** bezog sich auf die Erklärungen von Herrn Krause und stellte klar, dass der Antrag darauf abzielte, das Denkmal zu entfernen und er verwahrte sich gegen die bewusste Missdeutung von Herrn Krause zu seinen Ausführungen.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
in den  
**Kulturausschuss**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Verwaltung wird beauftragt, die restlichen beiden Figuren der Skulpturengruppe „Tschekist und IM“ von ihrem Standort zu entfernen und zusammen mit der dritten Figur einzulagern.*

**zu 8.6 Antrag der FDP-Fraktion, der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beendigung von Rechtsstreitigkeiten mit dem Land Sachsen-Anhalt  
Vorlage: V/2013/11994**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** **zurückgezogen**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Oberbürgermeister legt keine weiteren Rechtsmittel gegen die Entscheidungen des Verwaltungsgerichtes Halle (Saale) zum Baustopp am Gimritzer Damm sowie der Übertragung der Aufgabe des Deichbaus ein.*

*Alle bereits eingelegten Rechtsmittel sind sofort zurückzunehmen.*

**zu 8.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Wiederherrichtung der Leichtathletikanlagen im Stadion Halle-Neustadt  
Vorlage: V/2013/12019**

---

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, wies darauf hin, dass es schon der dritte Antrag sei, mit dem versucht werde, das Stadion Halle-Neustadt wieder so herzurichten, wie es vor der Sanierung für 2,5 Mio. € war.

Er merkte an, dass es vor der Sanierung im Stadion eine Leichtathletikanlage gab, welche durch Schulen genutzt wurde. Nach der Sanierung als Ausweichsportstätte für einen Fußballverein waren die Leichtathletikanlagen nicht mehr brauchbar und der Antrag, den Nutzer dafür in Haftung zu nehmen, wurde mit der Begründung abgelehnt, dass er laut seinem Vertrag keine Verantwortung dafür trage und alles von der Stadt übernommen werde.

Der daraufhin folgende Antrag auf Wiederherstellung des alten Zustandes durch die Stadt wurde stattgegeben und die Stadt verpflichtete sich, Maßnahmen zu ergreifen und das Geld in den Haushalt 2013 einzustellen und die Planung voranzutreiben.

**Herr Kley** stellte abschließend fest, dass das Stadion noch nicht wieder für Leichtathletik nutzbar sei und deshalb endlich ein Ratsbeschluss dazu gefasst werden müsse, da hier auch eine Verantwortung der Kommune bestehe.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, informierte, dass seine Fraktion vollumfänglich das Anliegen des FDP-Antrages teile, verwies aber zu einer Verfahrensfestlegung den Antrag in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, informierte darüber, dass er mit Herrn Dr. Prochnow zu diesem Thema im Gespräch sei, da die Berufsschüler der Berufsschule BBS I als Nutzer des Stadions in Eigenleistung eine Nutzbarkeit herstellen möchten, wenn das Material durch die Stadt zur Verfügung gestellt wird.

**Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, bedankte sich ausdrücklich für das Angebot und das Engagement der Berufsschüler und wies darauf hin, dass im Budget ihres Geschäftsbereiches kein Geld für diese Umbaumaßnahme eingestellt sei.

Dazu äußerte sich **Herr Krause, SPD-Fraktion**, dahingehend, dass nach der Nutzbarmachung durch die Berufsschüler zu prüfen sei, welche weiteren Arbeiten für eine ordentliche Wiederherstellung noch ausgeführt und ob der Antrag eventuell in den Haushaltsberatungen diskutiert werden müsse.

Seine Fraktion werde dem Antrag der FDP-Fraktion zustimmen.

**Herr Bürgermeister Geier** erklärte, dass die Ertüchtigung bzw. Fertigstellung des Stadions Halle-Neustadt im Haushaltsentwurf 2014 in der mittelfristigen Finanzplanung, Beginn 2015, Fertigstellung 2016 für insgesamt rund 370.000 € über das Förderprogramm „Soziale Stadt - Neustadt“ vorgesehen ist.

Da über Investitionen im Sportbereich auch der Sportausschuss über Prioritäten berät, verwies **Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, im Namen ihrer Fraktion den Antrag in den Sportausschuss.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM  
in den

**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung  
und Liegenschaften**

und

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
in den

**Sportausschuss**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung stellt durch geeignete Maßnahmen sicher, dass die Leichtathletikanlagen im Stadion Halle-Neustadt wieder für sportliche Aktivitäten genutzt werden können.*

**zu 8.8 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Salzmünder Straße  
Vorlage: V/2013/12020**

---

**Herr Kley, FDP-Fraktion,** begründete den Antrag damit, dass bei der Debatte zum Radkonzept im Planungsausschuss die Trasse fehlte und man die Hoffnung habe, dass sich die Rechtslage mit dem Verein zur Hettstedter Eisenbahn dahingehend ändern werde, dass die Trasse als Radweg ausgebaut werden könne.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Die Stadtverwaltung prüft den Bau eines Radweges entlang der Salzmünder Straße in der Ortslage Dölau.

**zu 8.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einbeziehung von  
Fahrradabstellanlagen in die Stellplatzsatzung der Stadt Halle  
Vorlage: V/2013/12022**

---

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,** verwies auf die geänderte Bauordnung durch den Landesgesetzgeber, wodurch den Kommunen jetzt erlaubt wurde, nicht nur eine Stellplatzablösung für PKW, sondern auch eine neue Satzungsmöglichkeit für Fahrradabstellanlagen einzuführen. Mit der Stellungnahme der Verwaltung wurde dies bestätigt und aus Sicht seiner Fraktion sei es geboten, sich mit einer Satzung für Fahrradabstellanlagen auseinanderzusetzen.

Mit dem Antrag werde die Verwaltung beauftragt, eine Satzung für Fahrradabstellanlagen zu erarbeiten, über die dann der Stadtrat diskutieren und abstimmen kann.

Des Weiteren enthalte der Antrag auch einen Prüfauftrag, zu untersuchen, ob es Möglichkeiten gibt, die Stellplatzablösesatzung in dem Bereich vielleicht ein Stückweit zu ändern, dass man Stellplatzanlagen für Fahrräder schafft und dadurch die Ablösung flexibler macht.

**Herr Sänger, CDU-Fraktion,** verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten.

**Herr Kley, FDP-Fraktion,** erinnerte daran, dass es schon einmal eine Debatte in der Stadt Halle (Saale) zu diesem Thema gab und man über eine Satzung zu Fahrradabstellanlagen diskutierte. Dabei wurde festgestellt, dass die Stadt dann auch an den Schulen entsprechend der Schülerzahlen Abstellanlagen zur Verfügung stellen müsste, was aber nicht machbar wäre.

Und in Bezug auf die Ablösesatzung führte er aus, dass man zwar für bestimmte gewerbliche Nutzungen in der Innenstadt einen hohen Anteil an Abstellanlagen verlangen könnte, aber die gewerblichen Nutzer dann auf die grüne Wiese oder in den Saalekreis abwandern würden, wo es keine Festlegungen zu Fahrradabstellanlagen gäbe.

Auch wurde schon immer die Frage der Investitionstätigkeit bei den Autostellplätzen diskutiert und man war froh, dass die Ablösung reduziert werden konnte, um wieder Nutzungen in die Innenstadt zu bringen. Mit Fahrradabstellanlagen in einer Zwangssatzung sei nichts zu erreichen.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion  
in den  
**Ausschuss für Planungsangelegenheiten**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat einen Entwurf einer Änderung der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale) für eine Beschlussfassung (Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss) im 1. Quartal 2014 vorzulegen, der die bestehenden Regelungen um Vorschriften zur Schaffung von Abstellplätzen für Fahrräder ergänzt.*

*Als Grundlage ist die vom Stadtrat mit Beschluss vom 28.03.2012 bestätigte Richtzahlenliste der Richtlinie zur Gestaltung von Fahrradabstellanlagen in der Stadt Halle (Saale) anzusetzen.*

*Geprüft werden soll in diesem Zusammenhang auch, ob eine gegenseitig alternative Anrechnung von entweder PKW- oder Radabstellanlagen eingeführt werden kann.*

**zu 8.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Bereitstellung von Informationen für sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner  
Vorlage: V/2013/12016**

---

**Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, führte aus, dass der Antrag in Vorbereitung auf die Kommunalwahl gestellt wurde. Ihre Fraktion sei der Meinung, dass man die Attraktivität dieses Mandats erhöhen könnte, wenn klar wäre, was Inhalt der Tätigkeit sei. Sie begrüßte die positive Stellungnahme der Verwaltung dazu und bat um Zustimmung des Antrages.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, öffentlich in geeigneter Form über den Status und die Tätigkeit der sachkundigen Einwohner bzw. sachkundigen Einwohnerinnen in den Ausschüssen des Stadtrats zu informieren. Die Information soll Interessierten und neu berufenen sachkundigen Einwohnern bzw. sachkundigen Einwohnerinnen zur Verfügung gestellt werden.

**zu 8.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Teilnahme am Projekt  
"Kinderfreundliche Kommune"  
Vorlage: V/2013/12014**

---

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, begründete den Antrag damit, dass ein Votum des Stadtrates eingefordert werden müsse, ob die Stadt die Chance eines Projektes „Kinderfreundliche Kommune“ nutzen wolle.

In diesem Zusammenhang wies sie darauf hin, dass die Stellungnahme der Verwaltung noch nicht vorliege.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, verwies den Antrag namens seiner Fraktion in den Jugendhilfeausschuss um dort noch einmal darüber zu diskutieren, da es sich bei dem Projekt nur um ein Gütesiegel handelt und die Teilnahme der Stadt jährlich 16.000 € kosten würde.

Auch **Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion**, schloss sich im Namen seiner Fraktion den Anmerkungen von Herrn Schachtschneider an und gab den Hinweis, das Geld lieber für die Jugendarbeit zu nutzen.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, wies noch einmal darauf hin, dass die Teilnahme am Pilotprojekt auch schon vor einem Jahr im Jugendhilfeausschuss aus dem Grund abgelehnt wurde, weil die Finanzierung nicht gesichert werden konnte.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion  
in den  
**Jugendhilfeausschuss**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat beschließt die Teilnahme der Stadt Halle als Pilotkommune am Projekt „Kinderfreundliche Kommune“. Die erforderliche Vereinbarung zur Zusammenarbeit mit dem Verein „Kinderfreundliche Kommunen e.V.“ wird zu diesem Zweck schnellstmöglich durch den Oberbürgermeister unterzeichnet.*

**zu 8.13 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur  
Vervollständigung der Baumfällliste  
Vorlage: V/2013/11984**

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, zeigte sich überrascht von der ablehnenden Haltung der Verwaltung zum Antrag seiner Fraktion, mit der Begründung des Mehraufwandes für die Verwaltung, da der Antrag nur drei weitere Punkte vorschläge, welche in der Baumfällliste ergänzt werden sollen und die konkrete Hinterlegung der Daten durch die Verwaltung selbst bestimmt werden könne.

Im Namen seiner Fraktion verwies **Herr Wolter** den Antrag in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM  
in den

**Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt,*

*die bestehende Baumfällliste, die den Mitgliedern des Ordnungs- und Umweltausschusses sowie im Internet den Bürgerinnen und Bürger regelmäßig zur Verfügung gestellt wird, um folgende Angaben zu ergänzen:*

- *zum quantitativen Baumbestand des von Fällungen betroffenen Grundstücks*
- *die Art der zu fällenden Bäume*
- *eine qualitative Zustandsbewertung der zu fällenden Bäume.*

**zu 8.14 Fraktionsübergreifender Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion und CDU-Fraktion zum Erhalt des Stadtbades der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2013/12010**

---

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, informierte kurz über die Veranstaltung mit der Bürgerschaft, dem Stadtrat und der Stadtverwaltung zum weiteren Vorgehen zum Stadtbad und merkte an, dass mit einem breiten Spektrum an Fachlichkeit konstruktiv zusammengearbeitet wurde, um Möglichkeiten der Umsetzung zu finden, die Wirtschaftlichkeit des Stadtbades wieder herzustellen.

**Herr Feigl, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**, äußerte sich ebenfalls dazu, mit dem Hinweis, dass der jetzt gestellte Antrag den Ereignissen hinterherhinkte, denn in der Veranstaltung wurde schon durch den Oberbürgermeister die Sicherung der Frauenschwimmhalle, insbesondere die Rabitzdecke, sowie eine bevorstehende Eröffnung noch in diesem Jahr verkündet.

Trotzdem warb **Herr Feigl** ausdrücklich um die Zustimmung zu diesem Antrag, um klarzustellen, dass auch der Rat dazu stehe, die Zukunft des Stadtbades zu sichern.

In Bezug auf die Anmerkungen von Herrn Feigl zur Aktualität des Antrages merkte **Herr Krause, SPD-Fraktion**, an, dass dieser zeitgerecht eingereicht wurde und er mit Verweis auf die Ausführungen des Oberbürgermeisters noch einige offene Fragen, wie zum Beispiel die Finanzierung und die Vergabe sehe. Aus diesem Grund sei der Antrag eine gute Legitimationsgrundlage für das weitere Handeln.

**Herr Misch, CDU-Fraktion**, äußerte sich ebenfalls zum Thema Stadtbad und führte aus, dass er dem Antrag voll inhaltlich zustimme, dieser aber ein Armutszeugnis für die gesamte Stadtverwaltung sei.

Er begründete dies damit, dass er vor Monaten im Auftrag der Bürgerschaft mehrere Tausend Unterschriften zum Erhalt des Stadtbades an den Oberbürgermeister übergeben habe, mit der Bitte, er möge in der Ratssitzung ein Signal an die Bürger senden. Da dies nicht erfolgte und die Verwaltung nicht konsequent den Forderungen der Bürger nachgekommen sei, ist der Antrag gestellt worden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies darauf, dass die Aussagen von Herrn Misch nicht zutreffend seien, da seit über einem halben Jahr an einer gemeinsamen Konzeption zum Stadtbad gearbeitet werde.

**Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE**, schloss sich den Anmerkungen der Vorredner aus den Fraktionen an und betonte, dass man bezugnehmend auf dieses Thema, schon auf dem Weg sei, den Bürgerhaushalt zu leben.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung,

1. Maßnahmen einzuleiten, um den baulichen und funktionellen Erhalt des Stadtbades abzusichern,
2. speziell die Sanierung der Rabitz-Decke und des Fassadenturms zeitnah sicherzustellen, um den öffentlichen Betrieb der Frauenhalle des Stadtbades wieder herzustellen,
3. zur Erarbeitung eines Nutzungskonzeptes des Stadtbades inkl. der zusätzlich vorhandenen Räume, soweit möglich in Kooperation mit dem Runden Tisch Stadtbad und der Bäder Halle GmbH und
4. notwendige investive Maßnahmen dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

**zu 8.15 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion, der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beendigung von Rechtsstreitigkeiten mit dem Land Sachsen-Anhalt  
Vorlage: V/2013/11971**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Oberbürgermeister legt keine weiteren Rechtsmittel gegen die Entscheidungen des Verwaltungsgerichtes Halle (Saale) zum Baustopp am Gimritzer Damm sowie der Übertragung der Aufgabe des Deichbaus ein.

Alle bereits eingelegten Rechtsmittel sind sofort zurückzunehmen.

**Anmerkung**

Der Widerspruch des Oberbürgermeisters wurde damit zurückgewiesen.

## zu 9 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

---

### zu 9.1 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu den geplanten Nutzungen auf und um den Hufeisensee Vorlage: V/2013/11836

---

Bezug nehmend auf die Stellungnahme der Verwaltung wies **Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE**, darauf hin, dass die Fragen seiner Fraktion nicht ausreichend beantwortet worden sind. Zum Beispiel wolle man bei der Frage der ökologischen Einbindung und Verträglichkeit der Golfanlage wissen, wie dies garantiert werde könne.

Auch die Anfragen zu Auswirkungen auf die Landschaft, Erstellung der Anfahrtswege usw. wurden nicht ausreichend durch die Verwaltung beantwortet.

**Herr Sieber** fragte deshalb noch einmal an, welche Vorstellungen es zu den angeführten Punkten durch die Verwaltung gäbe.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, verwies bei der Frage zur ökologischen Einbindung und Verträglichkeit der Golfanlage auf Seite 9 der Antwort der Verwaltung und zitierte: „Eine diesbezügliche Kooperation mit dem NABU besteht bereits und wird im Zuge der Ausführungsplanung des Golfplatzes weiter konkretisiert“.

Und bezogen auf die Golfanlage führte er aus, dass die Stadt nicht alles selbst planen werde, da sie nicht der Vorhabenträger sei und deshalb auch die konkrete Zuordnung des Golfplatzes nicht organisieren könne.

Man werde aber über den Bebauungsplan zum Beispiel die Zonen definieren, die geschützten Biotop, die nicht in Anspruch genommen werden dürfen, um klar den Rahmen abzustecken, in dem sich dann die Ausführungsplanung bewegen kann.

**Herr Sieber** erklärte sich mit der Beantwortung der Fragen durch die Verwaltung noch immer nicht einverstanden.

### zu 9.2 Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU-Fraktion) zur ehemaligen Schweinemastanlage in Lettin Vorlage: V/2013/11837

---

**Frau Dr. Bergner** teilte mit, dass sich die Anfrage auf einen Prozess beziehe, welcher schon über Jahre hinweg anstehe, in dem vorgesehen war, die ehemalige Schweinemastanlage mit einem Kostenaufwand von 1 Mio. €. sanieren zu lassen,

Da im Nachtragshaushalt die dafür eingestellte Summe gestrichen wurde, fragte **Frau Dr. Bergner** an, welchen Anteil die Stadt hätte tragen müssen, da auch Fördermittel vom Land in Aussicht gestellt waren.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, informierte, dass man für diese Maßnahme ein Förderprogramm in Anspruch nehmen wollte mit einer Förderquote von 80 %. Der Eigenanteil der Stadt lag bei 20 %, also 200.000 €. Ein Teil davon sollte durch eine Zuwendung gedeckt werden, aber es gab weiter eine Lücke, die nicht durch Gegenfinanzierung sichergestellt werden konnte.

Die Verwaltung und auch der Oberbürgermeister haben versucht, mit dem Eigentümervertreter Gespräch zu führen, ob eine Bereitschaft bestehe, sich an der Maßnahme zu beteiligen. Es sei aber nicht gelungen, die Lücke der restlichen 10 % darzustellen.

**zu 9.3      Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU-Fraktion) zur Installation eines Informationssystems in deutscher und englischer Sprache an Baudenkmalern und bedeutsamen Gebäuden der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2013/11996**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.4      Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU-Fraktion) zur Beteiligung der Stadt Halle (Saale) am bevorstehenden Reformationsjubiläum  
Vorlage: V/2013/11997**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.5      Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU-Fraktion) zur Investitionsperspektive für den dringend sanierungsbedürftigen Schulstandort der Sekundarschule Halle-Süd  
Vorlage: V/2013/11998**

---

Es lag keine Stellungnahme der Verwaltung vor.

**zu 9.6      Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU-Fraktion) zur Neuen Residenz  
Vorlage: V/2013/11999**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.7      Anfrage des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zum Stadteingang Ammendorf  
Vorlage: V/2013/11973**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.8      Anfrage des Stadtrates Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur Berliner Straße  
Vorlage: V/2013/11974**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.9      Anfrage des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zu einem  
Spielplatz in Büschdorf  
Vorlage: V/2013/11981**

---

**Herr Hildebrandt** berichtete davon, dass bei dem bisher realisierten Bauabschnitt im nördlichen Teil des Himbeerweges die dortigen Grundstückseigentümer beim Grunderwerb anteilig für einen später zu realisierenden Spielplatz bezahlt haben. Jetzt habe aber die Verwaltung mit einem Nachfolger, der den südlichen Teil realisieren soll, einen Vertrag geschlossen, in dem nicht mehr vereinbart sei, dort einen Spielplatz zu bauen.

**Herr Hildebrandt** fragte an, was mit den erworbenen Rechtsansprüchen der Grundstückseigentümer jetzt passiere, da sich daraus klare Rechtsfolgen ergeben.

Durch die Verwaltung wird eine schriftliche Antwort nachgereicht.

**zu 9.10     Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zu den  
vollständigen Kosten für Ausschusssitzungen  
Vorlage: V/2013/11858**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.11     Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zum Agieren  
des städtischen Gesundheitsamtes  
Vorlage: V/2013/11976**

---

In Bezug auf die in der Stadt aufgetretene Kryptosporidien-Infektion fragte **Herr Scholtyssek** an, wie der Schritt des Abkochgebotes begründet wurde, welches in der Bevölkerung eine ziemliche Verunsicherung hervorgerufen habe und er wies in dem Zusammenhang darauf hin, beim nächsten Mal vorsichtiger mit solchen Empfehlungen umzugehen.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, informierte, dass er sich dazu mit Vertretern des Robert-Koch-Institutes und mit dem Bundesverbraucherministerium abgestimmt habe, da die Zahlen in Sachsen-Anhalt gegenüber dem Bundesgebiet sehr auffällig waren und es wurde dabei gemeinsam die Entscheidung für das Abkochgebot getroffen, welches so schnell wie möglich wieder aufgehoben worden ist.

Die Entscheidung begründete er auch damit, dass man, auch in Verbindung mit all den im Bundesgebiet zuständigen Fachbehörden, keine bessere Möglichkeit gefunden habe.

**zu 9.12     Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zum  
städtischen Umgang mit Schrottimmobilien  
Vorlage: V/2013/11977**

---

Die Antwort der Verwaltung erfolgt im Oktober.

**zu 9.13 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Neubau einer Eissporthalle**  
**Vorlage: V/2013/11982**

---

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, wies darauf hin, dass seine Fraktion mit der Beantwortung der Punkte 3 und 4 durch die Verwaltung nicht einverstanden sei.

**zu 9.14 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Variantenprüfung Turnhalle Kastanienallee**  
**Vorlage: V/2013/12021**

---

**Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion**, erklärte, dass von der Verwaltung keine Beantwortung der von seiner Fraktion gestellten Fragen erfolgte. Und die heute auf dem Tisch liegende Informationsvorlage gäbe ebenfalls keine Antworten auf bestimmte Fragestellungen.

Dazu teilte **Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, mit, dass gerade die Aussagen des Rechnungsprüfungsamtes in der Informationsvorlage den Kern der Anfragen der FDP-Fraktion berühren, welche sagen, dass die gewählte Darstellung, Vergleich Neubau versus Sanierung, im Nachhinein plausibel sei und er bat darum, die Informationsvorlage als Antwort der Verwaltung zugrunde zu legen.

**zu 9.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ausbau der Kreuzung Paracelsusstraße /Äußere Hordorfer Straße**  
**Vorlage: V/2013/11989**

---

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, berichtete über die Antwort der Verwaltung zu seiner Anfrage, in welcher ein städtebaulicher Erschließungsvertrag nach § 11 Baugesetzbuch erwähnt wurde. In diesem Zusammenhang müsse die Stadt Vorgaben zur Gestaltung und zur verkehrlichen Lösung der Kreuzung und auch der Bauzeit machen. Er machte darauf aufmerksam, dass aus der Sicht seiner Fraktion zwingend eine Ratsbeteiligung notwendig gewesen wäre, auch wenn Dritte das Vorhaben finanzieren würden.

Aus diesem Grund fragte **Herr Wehrich** an, warum auf die Ratsbeteiligung verzichtet wurde und ob der städtebauliche Vertrag dem Rat vorgelegt werden kann.

Bezug nehmend auf die Fragen seiner Fraktion im Punkt 3: „Warum erfolgte keine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit zu den Maßnahmen? Welche Gründe rechtfertigen eine Befreiung von den Vorschriften des § 39 BNatSchG (grundsätzlicher Schutzzeitraum)?“ zitierte **Herr Wehrich** einen Satz aus der Antwort der Verwaltung: „Der Antrag auf Befreiung nach § 39 Bundesnaturschutzgesetz wurde damit begründet, dass die Umbaumaßnahmen an der Kreuzung in der Zeit der Sommerferien hätten realisiert werden sollen, da in dieser Zeit bekanntermaßen mit einem geringeren Verkehrsaufkommen zu rechnen ist“.

Da erkennbar sei, dass außer der Baumfällung nichts passiert ist und der Investor offensichtlich Angaben machte, die nicht haltbar sind, fragte **Herr Wehrich** an, zu welchem Zeitpunkt der Umbau ursprünglich hätte beginnen sollen, welche Angaben der Investor machte, wie er das konkret begründet habe und warum jetzt kein Umbau beginne.

Zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit merkte **Herr Wehrich** an, dass dies seiner Meinung nach in erster Linie eine Verpflichtung der Stadt sei und er fragte an, ob es einen Vertrag oder Regelungen der Stadt mit dem Investor gäbe, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit abzusichern.

**Herr Wehrich** bat um eine schriftliche Beantwortung seiner Anfragen.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, führte kurz aus, dass es bisher so gehandhabt wurde, dass der städtebauliche und Erschließungsvertrag in den Gremien vorliege und zum Zeitpunkt der Beschlussfassung des Bebauungsplanes eingesehen werden kann. Er werde aber das Thema noch einmal zur Prüfung aufgreifen.

**zu 9.16    Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Aktivitäten im Bereich Radtourismus**  
**Vorlage: V/2013/11990**

---

Die Antwort der Verwaltung erfolgt im Oktober.

**zu 9.17    Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung des Luftreinhalteplans für den Ballungsraum Halle**  
**Vorlage: V/2013/11992**

---

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, bat um die Aushändigung der in der Antwort der Verwaltung erwähnten elfseitigen Zuarbeit an das Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte dies zu.

**zu 9.18    Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum STARK III-Fördermittelprogramm**  
**Vorlage: V/2013/11993**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.19    Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Planungen der Stadt Halle zum 50-jährigen Jahrestag der Grundsteinlegung Halle-Neustadts**  
**Vorlage: V/2013/12013**

---

Die Antwort der Verwaltung erfolgt im Oktober.

**zu 9.20    Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand der Bewilligung von Städtebaufördermitteln  
Vorlage: V/2013/12015**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.21    Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Auswirkungen der KiföG-Novellierung  
Vorlage: V/2013/12017**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte nach, ob es neue Erkenntnisse zur Verfassungsbeschwerde des Städte- und Gemeindebundes gäbe.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte** dazu mit, dass keine neuen Erkenntnisse vorliegen.

**zu 9.22    Anfrage des Stadtrates Manfred Sommer (MitBÜRGER für Halle) zur Bushaltestelle Gartenstraße, Blumenauweg 59  
Vorlage: V/2013/11988**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.23    Anfrage des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zu bestehenden Angeboten der aktiven Pausen- und Freizeitgestaltung auf Schulhöfen  
Vorlage: V/2013/12007**

---

Die Antwort der Verwaltung erfolgt im November.

Im Namen von Herrn Häder merkte **Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, an, dass die Anfrage schon am 04.09.2013 gestellt wurde und eine Antwort auch im Oktober möglich gewesen wäre.

**zu 9.24    Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Grünpflege an der Lärmschutzwand am 3. Bauabschnitt der Haupteerschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES)  
Vorlage: V/2013/12008**

---

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, machte darauf aufmerksam, dass im Hochsommer die Bürger dafür gesorgt hätten, die Bepflanzung auf dem Damm zu bewässern und es durch die Verwaltung angebracht sei, den Bürgern dafür zu danken.

**zu 9.25    Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Beheizung des  
Stadtbades während des Hochsommers 2013  
Vorlage: V/2013/12009**

---

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, informierte darüber, dass sie im Zuge der AG-Beratungen mehrmals im Stadtbad war und feststellen musste, dass die Lufttemperaturen dort sehr hoch waren, obwohl das Stadtbad seit Monaten nicht betrieben wurde.

Da ihr die Antwort der Verwaltung dazu nicht ausreichend sei, fragte sie an, in welcher Höhe Betriebskosten in der Zeit der Nichtbetriebsung des Stadtbades entstanden sind.

**zu 9.26    Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu Auswirkungen des  
Zensus 2011 auf die Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2013/12011**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10      Mitteilungen**

---

**zu 10.1    Fortschreibung Personalbericht 2013 der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2013/11916**

---

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.2    „Information zum Stand bei der Aufstellung des Verkehrsentwicklungsplans  
Halle (Saale) 2025“  
Vorlage: V/2013/11557**

---

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.3    Ausschreibungstext für den Pachtvertrag zur Betreibung und  
Bewirtschaftung des Naturbades Heidensee  
Vorlage: V/2013/11959**

---

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.4 Bericht zur Schulwegsicherheit 2013**  
**Vorlage: V/2013/11790**

---

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.5 Bauvorhaben Turnhalle Kastanienallee**  
**Vorlage: V/2013/12061**

---

Auf die Nachfrage von **Herrn Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, ob das Thema noch einmal im zuständigen Ausschuss behandelt werde, teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass das Bauvorhaben Turnhalle Kastanienallee im nächsten Rechnungsprüfungsausschuss besprochen werden soll.

**zu 11 mündliche Anfragen von Stadträten**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, teilte mit, dass zwei schriftlich eingereichte mündliche Anfragen vorlägen:

1. Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE, zur Grundschule „Johannes“
2. Fraktion DIE LINKE zum Kunstrasenplatz

**zu 11.1 Anfrage Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE, zur Grundschule "Johannes"**

---

**Frau Dr. Sitte** fragte an, welche Gründe vorliegen, dass es an der Grundschule „Johannes“ am Nachmittag keine Hausaufgabenhilfe mehr gäbe und welche Möglichkeiten die Stadt sehe, diese Leistung wieder zu aktivieren.

**Herr Kogge, Beigeordner für Bildung und Soziales**, informierte darüber, dass mit der Schulleitung schon Kontakt zu diesem Thema aufgenommen wurde mit dem Ergebnis, dass es sich bei dem Konzept der Schule um ein abgestimmtes pädagogisches Konzept für die Realisierung einer offenen Ganztagschule handelt und die Schule dafür Lehrer und Freistellungsdeputate erhalten habe, welche momentan zurückgefahren worden sind. Laut Aussage der stellvertretenden Schuldirektorin sei damit im Wesentlichen die Hausaufgabenhilfe abgesichert worden, die jetzt wegen des Rückgangs der Zahlen nicht weiter realisiert werden kann.

**Herr Beigeordneter Kogge** führte weiterhin aus, dass das Jugendamt eingeschaltet sei und er auch noch mit dem Hort in Kontakt treten werde, um eine möglichst gute Lösung für die Schüler und Eltern und auch für die Schule zu erwirken.

Die Beantwortung der Anfrage erfolge in schriftlicher Form durch die Verwaltung.

## zu 11.2 Anfrage Fraktion DIE LINKE zum Kunstrasenplatz

---

Die Anfrage der **Fraktion DIE LINKE** bezog sich auf ein Schreiben des FSV 67, in welchem den Stadträten mitgeteilt wurde, dass zum Bau eines Kunstrasenplatzes Fördermittel in Höhe von 255.477,50 € zur Verfügung stehen, welche vom Landesamt bewilligt worden sind. Da laut Information der Verwaltung die notwendige Fördermittelsumme von 132.000 € durch die Stadt in diesem Jahr nicht ausgereicht werden kann, fragte die Fraktion an, welche Möglichkeiten es gäbe, diese notwendigen Fördermittel für das Jahr 2014 im städtischen Haushalt einzuplanen und ob die Verwaltung beim Landesverwaltungsamt versucht habe, die angekündigten Landeszuschüsse für das Jahr 2014 zu sichern, um das Projekt gegebenenfalls im nächsten Jahr zu realisieren.

Zur Beantwortung auf die Anfrage verwies **Herr Bürgermeister Geier** auf seine Ausführungen zu diesem Thema im Rahmen der Diskussion zur Tagesordnung.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, merkte an, dass damit nur der erste Teil der Anfrage beantwortet sei und er fragte noch einmal nach, ob die Stadtverwaltung versucht habe, beim Landesverwaltungsamt die zugesagten Landeszuschüsse eventuell für 2014 zu sichern, damit im Rahmen der Haushaltsdebatte vielleicht eine Lösung gefunden werden könne, um das Projekt nicht scheitern lassen zu müssen.

Dazu äußerte sich **Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, dahingehend, dass es um die Förderung eines Vereins gehe, welche über die Investitionsbank laufe und die Stadt den Verein zur Investitionsbank begleitet habe, um eine Verlängerung bis Ende September zu erwirken. Sollte es heute keine Entscheidung dazu geben, werde sie sich mit dem Verein in Verbindung setzen, um das weitere Verfahren abzusprechen.

## Anfrage Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum „Spielplatz-Radar“

---

**Frau Krausbeck** berichtete darüber, dass die Fraktionen mit dem Betreff „Spielplatz-Radar“ eine e-mail erhalten haben. Es gehe dabei um eine Initiative von ARD und ZDF mit dem Hinweis auf eine App, mit der gezeigt werde, wo und in welcher Qualität die Spielplätze in der Stadt sind und sie fragte an, ob die Verwaltung davon Kenntnis habe, wie das Projekt bewertet und ob die Stadt daran teilnehmen wird.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, informierte, dass er bis jetzt keine Kenntnis davon hatte und bat um die Weiterleitung der e-mail. Er werde dann eine Prüfung veranlassen, mit welchem Aufwand und inwieweit es möglich sei, daran teilzunehmen.

## Anfrage Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Kosteneinsparung bei Verbrauch von Papier

---

**Frau Krausbeck** fragte an, ob es um Kosten zu sparen möglich sei, Vereinbarungen mit den Fraktionen dahingehend zu treffen, welche Einzelversendungen von Sitzungsunterlagen an die Stadträte erfolgen sollen.

### **Anfrage Frau Krausebeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Prüfung Bereitstellung von Abfallentsorgungsbehältern**

---

Zur Prüfung der Bereitstellung von Abfallentsorgungsbehältern im Stadtgebiet fragte **Frau Krausebeck** an, ob die Stadtverwaltung bereit wäre, dieses Thema noch einmal im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten zu diskutieren.

### **Anfrage Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zu Tempo-30-Zonen**

---

**Herr Wehrich** fragte an, wann mit einer Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage aus der Stadtratssitzung vom 19.06.2013 zur Tempo-30-Zone in der Stadt Halle zu rechnen ist.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

### **Anfrage Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Stand Bau eines Radweges**

---

**Herr Wehrich** fragte nach dem aktuellen Stand zum Bau des Radweges in der Kröllwitzer Straße und wann mit der Durchführung der im Stadtrat beschlossenen Maßnahmen zu rechnen sei.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, teilte zum aktuellen Stand mit, dass geprüft wurde, was zum Einbau der Stützwand an Gehölzfällungen notwendig ist und eine Pressemitteilung dazu in Bearbeitung sei, damit eine Kommunikation erfolgen könne. Weitere Zeitschienen für den Tiefbaubereich werden im Fachausschuss noch einmal ergänzt.

### **Anfrage Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Freitreppe am Hansering**

---

**Herr Feigl** informierte, dass zurzeit die Freitreppe am Hansering erneuert werde, obwohl diese erst vor nicht allzu langer Zeit mit Städtebaufördermitteln errichtet worden sei und er fragte an, weshalb nach so kurzer Zeit eine so große Baumaßnahme durchgeführt werden müsse und ob diese Arbeiten im Rahmen der Gewährleistung abgedeckt seien.

Dazu teilte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, mit, dass wegen des schlechten Zustandes der Treppe die Notwendigkeit bestand, dort bauliche Maßnahmen umzusetzen. Und mit der Versicherung der damals zuständigen Baufirma wurde eine Lösung gefunden, aus den entsprechenden Geldern zu schöpfen.

## **Anfrage Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Nutzung breiter Fußwege als Parkflächen**

---

**Herr Feigl** berichtete, dass in der südlichen Innenstadt begonnen wurde, die breiten Fußwege für die Parknutzung umzuwidmen.

Er erinnerte daran, dass es eine Diskussion darüber im Rat gab, mit dem letzten Sachstand, dass eine Prüfung durch die Verwaltung durchgeführt wird, inwieweit das möglich ist. Da jetzt offensichtlich ein Ergebnis dieser Prüfung vorliege, bat er um eine schriftliche Information zum Prüfungsergebnis.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, erklärte, dass man differenzieren müsse zwischen dem, was in der südlichen Innenstadt gemacht werde und der Beschlussfassung des Antrages zur Nutzung von Fußwegen zum Parken.

Die Verwaltung habe deutlich erklärt, dass es keine grundsätzliche Zielsetzung sei, in allen Stadtteilen so vorzugehen. Es werde jetzt der erste Abschnitt ausgewertet und das Ergebnis im Finanzausschuss vorgestellt.

Er führte weiter aus, dass es bei der Maßnahme keine grundsätzliche stadtweite Überprüfung, sondern immer nur eine Prüfung für das bestimmte Sanierungsgebiet geben wird.

**Herr Feigl** bezog seine Anfrage auf den letzten Sachstand, dass die Stadtverwaltung prüfen wollte, inwieweit es möglich sei, breite Fußwege für die Parknutzung freizugeben und er verwies darauf, dass bestimmte Parameter geprüft werden müssten, wie zum Beispiel der Zustand des vorhandenen Belages, gibt es historisches Pflaster, gibt es dort Bäume, reicht die Breite des Fußweges aus, gibt es Bordsteinabsenkungen, usw.

Und da in den genannten Bereichen schon eine Umsetzung der Parknutzung erfolgte, fragte er nach dem Ergebnis der Prüfung und für welche Straßen in Zukunft eine weitere Umsetzung angedacht ist.

**Herr Beigeordneter Stäglin** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

## **Anfrage Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum S-Bahnhof Rosengarten**

---

Laut einer Pressemitteilung ist der S-Bahnhof Rosengarten zurzeit gesperrt und eine Reparatur des Bahnsteiges soll in drei Jahren passieren. In diesem Zusammenhang fragte **Herr Feigl** an, ob es von Seiten der Stadt eine Initiative gäbe, auf die Bahn zuzugehen, um diesen unhaltbaren Zustand an dieser Stelle zu verkürzen bzw, ob durch die Verwaltung Möglichkeiten gesehen werden, auf die Bahn einzuwirken.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, informierte darüber, dass es regelmäßige Projekte der Deutschen Bahn im Bereich der Stadt Halle (Saale) gäbe. Aufgrund der Pressemitteilung werde die Verwaltung aber bei der Bahn nachfragen, ob die Zeitschiene verändert werden könne.

Er wies aber auch darauf hin, dass die Deutsche Bahn ein gewisses begrenztes Budget habe und insbesondere mit Blick auf den Knoten Halle eine Vielzahl von Baumaßnahmen habe, die finanziert werden müssen.

## **Anfrage Herr Menn, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Grundschule Dörlau**

---

**Herr Menn** informierte darüber, dass es an der Grundschule in Dörlau einen Förderverein gäbe, welcher auf einem Teil des Schulhofes einen kleinen Ballspielplatz errichten möchte. Material und genügend Geld sei vorhanden und es gäbe auch eine Galabaufirma, die die Arbeiten teilweise sponsern wolle, jedoch komme das Projekt nicht voran, da die Verwaltung noch keine Entscheidung dazu gefällt habe.

Aus diesem Grund fragte er an, ob durch die Verwaltung ein Verantwortlicher benannt werden könne, welcher eine klare Auskunft dazu geben könnte, ob der Spielplatzbau möglich wäre oder nicht. **Herr Menn** bot sich an, vermittelnd zur Verfügung zu stehen.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, wies darauf hin, dass im Bildungsausschuss schon Frau Dr. Radig, aus dem Fachbereich Bildung, benannt wurde, welche die Anliegen von Elterninitiativen bündelt und sammelt.

Ihm wäre bisher nicht bekannt, dass es an der Grundschule Dörlau diese Initiative gibt und er sei gern bereit, die Unterlagen an die entsprechenden Mitarbeiter zur Entscheidung weiterzuleiten.

## **Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum Widerspruch zu Rechtsstreitigkeiten**

---

In Bezug auf den Stadtratsbeschluss zum Widerspruch zur Beendigung von Rechtsstreitigkeiten fragte **Herr Wolter** Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand, wie jetzt der weitere Verfahrensweg damit sei.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** teilte dazu mit, dass am 26.09.2013 eine Sitzung des Innenausschusses beim Landesverwaltungsamt stattfindet, wo dieses Thema sehr ausführlich behandelt werden soll. Es gäbe dazu auch eine entsprechende Vorlage, welche zur Diskussion steht und er werde sich danach entscheiden, wie er weiter damit umgehen wird.

Er führte weiter aus, dass es ihm darum gehe, dass klar erkennbar wird, wann und zu welchem Zeitpunkt der erste Spatenstich fällt. Momentan sei die Diskussion sehr verworren und die vorliegenden Aussagen seien nicht im Sinne der Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger, denn es werde darüber diskutiert, erst einmal einen Zeitplan aufzustellen und es sei auch noch nicht klar, ob es einen neuen Planfeststellungsbeschluss geben müsse. Damit sei man an dem gleichen Stand wie 2011.

Die weitere Frage von **Herrn Wolter**, ob Herr Oberbürgermeister von einem weiteren Rechtsstreitverfahren absehe, wenn belastbare Entscheidungen getroffen werden, wurde durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bejaht.

Abschließend bat **Herr Wolter** um eine Information zum Ausgang der Sitzung in der nächsten Fraktionsvorsitzendenrunde.

## **Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur AG Eissport**

---

**Herr Wolter** bezog sich in seiner Anfrage auf die erfolgreiche Arbeit der Arbeitsgruppe Eissport und er fragte an, ob diese weitergeführt und durch die Verwaltung dazu eingeladen werden kann.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte dies zu und wird dazu einen Auftrag an Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, weitergeben.

## **Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zu verteilten Unterlagen**

---

**Herr Bönisch** fragte nach, wer die Broschüre „dbb magazin“ zur Stadtratssitzung verteilt habe und aus welchem Grund.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** teilte mit, dass er in der Sondersitzung des Stadtrates darum gebeten wurde, das Papier zu verteilen, weil darin eine Zusammenfassung in Hinblick auf die Flutberichterstattung in der Halle (Saale) enthalten sei.

**Herr Bönisch** wies darauf hin, dass es auch ausgereicht hätte, nur die betroffenen Seiten zu kopieren und bat darum, in Zukunft sorgsamer mit dem Papier umzugehen.

## **Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zum Deich am Osendorfer See**

---

**Herr Bönisch** fragte an, ob der gebrochene Deich am Osendorfer See wieder geschlossen sei.

Dazu teilte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, mit, dass der Deich noch nicht geschlossen ist und dies Teil der Maßnahmenliste darstellt, die in der Sondersitzung des Stadtrates besasst wurde. Die einzelnen Anträge werden jetzt Stück für Stück vorbereitet

## **Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zur Hortbetreuung von Förderschülern**

---

Bezug nehmend auf seine Anfrage informierte **Herr Bönisch** über die Antwort der Verwaltung mit der Zusage, die Richtlinie zur Hortbetreuung von Förderschülern im September vorzulegen und er fragte an, wann es diese Vorlage geben wird.

Desweiteren informierte er darüber, dass sich die Transportbedingungen der Kinder dahingehend geändert hätten, dass keine Hortbetreuung mehr stattfinden könne und er fragte nach, welche Strategie damit verfolgt werde.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, antwortete darauf, dass das Thema sehr brisant sei, da die Kommune in die Deckungslücke eines Bereiches hineinkomme, der eigentlich nicht kommunale Pflichtaufgabe ist.

Normalerweise sei die Hortbetreuung Pflichtaufgabe der Kommune, aber bei der Betreuung der Kinder aus dem Förderschulbereich gäbe es keine Einigkeit zwischen dem Sozialministerium und den anderen Ministerien und die Kommune müsse die Mehrkosten für eine bessere qualitative Betreuung der Förderschüler tragen, was in der schwierigen Haushaltslage zu längeren Diskussionen führe.

Weiterhin führte **Herr Beigeordneter Kogge** aus, dass der Fahrdienst die Schülerbeförderung zu dem festgelegten Preis nicht mehr fahren wollte und eine Neuausschreibung in den einzelnen Bereichen durchgeführt werden musste, mit der Feststellung, dass die Schülerbeförderung nur den Weg von zu Hause zur Schule und von der Schule nach Hause regelt.

In diesem Zusammenhang wies **Herr Beigeordneter Kogge** auf die gesetzliche Regelung hin, welche aussage: „...die Schülerbeförderung sichert den Schulbetrieb“.

Die Fahrten zwischen Schule und Hort waren nicht Bestandteil der Ausschreibung und das Problem müsse mit den Eltern und den entsprechenden Bereichen des Anbieters geregelt werden. Dieses Gespräch werde in der kommenden Woche stattfinden und er werde im Bildungsausschuss und im Stadtrat über den Stand der Gespräche berichten.

**Herr Beigeordneter Kogge** merkte weiter an, dass sich die Vorlage zurzeit in der Verwaltung in der Abstimmung befinde und Anfang November in den Bildungsausschuss gegeben werden soll.

**Herr Bönisch** wies noch einmal darauf hin, dass der Stadtrat den 31. März 2013 zur Vorlage der Richtlinie festgeschrieben hatte und eine weitere Verzögerung nicht akzeptabel wäre.

#### **Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zu Personalstellen**

---

**Herr Bönisch** merkte an, dass noch immer nicht die Liste des Ist-Bestandes E12 und A12 aufwärts per 11. Juni 2013 vorliege und er bat um eine Begründung, warum das Papier noch nicht verteilt wurde.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** führte dazu aus, dass in der Antwort des Landesverwaltungsamtes datenschutzrechtliche Argumente zu diesem Thema angegeben worden sind, welche die Verwaltung jedoch nicht teile und deshalb die vollständige Liste im nichtöffentlichen Teil bekannt gegeben wird.

In diesem Zusammenhang bat **Herr Bönisch** auch um Information, der in eigener Regie des Oberbürgermeisters gemachten Personalveränderungen unterhalb E12 und A12.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte eine Aufnahme der unterhalb E12 und A12 getätigten Veränderungen in der Berichterstattung zu.

#### **Anfrage Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, zu Wahllokalen**

---

Bezug nehmend auf die letzte Kommunalwahl informierte **Herr Schachtschneider** darüber, dass es am Wahlstand des Öfteren die Beschwerde darüber gab, dass andere Zuordnungen von Straßen und Hausnummern zu den Wahllokalen vorgenommen und die Wege vor allem für ältere Bürger viel weiter geworden seien.

Aus diesem Grund fragte er an, ob bei einer konkreten Benennung der Veränderungen der alte Stand wiederhergestellt werden könnte.

Des Weiteren berichtete er, dass im Sonderwahllokal am Stadion in Halle-Neustadt die Bürger über eine Stunde gestanden und dann ihre Wahlscheine zerrissen und nicht gewählt haben, weil es zu lange dauerte.

**Herr Schachtschneider** fragte nach der Möglichkeit, dort mehr Personal vorzuhalten, wenn eine hohe Wahlbeteiligung erwartet werde.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bedankte sich für die Anregungen. Die Verwaltung werde schriftlich dazu Stellung nehmen.

### **Anfrage Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, zum Festakt zum 3. Oktober**

---

**Herr Scholtyssek** fragte an, ob in diesem Jahr auch wieder eine Festveranstaltung zum 3. Oktober geplant sei.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** teilte dazu mit, dass die Einladungen morgen verschickt werden sollen und vorgesehen sei, eine Podiumsdiskussion durchzuführen.

### **Anfrage Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, zu Vertretungen des Oberbürgermeisters**

---

**Herr Scholtyssek** fragte nach, wer aus der Verwaltung Herrn Oberbürgermeister inhaltlich in der Funktion des Beigeordneten für Inneres vertrete.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** informierte, dass es keinen Beigeordneten für Inneres mehr gäbe und die Funktion und Aufgaben durch ihn wahrgenommen werden. Sollte er einen Termin zu diesem Aufgabenbereich nicht wahrnehmen können, sei Frau Wildgrube die Vertretung.

Auch werde es in Zukunft organisationsrechtlich so sein, dass nicht mehr mehrere Beigeordnete in die Ausschüsse gehen, sondern immer derjenige Beigeordnete die Verwaltung vertritt und durch die jeweiligen Mitarbeiter unterstützt wird.

In Bezug auf die Vertretung im Ausschuss durch Frau Wildgrube wies **Herr Scholtyssek** darauf hin, dass die Referentin des Oberbürgermeisters nicht dauerhaft die Vertretung für den Bereich Inneres sein könne und der Ausschuss damit auch nicht einverstanden sei.

### **Anfrage Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, zum Vergabeverfahren zum Dammbau**

---

**Herr Scholtyssek** bedankte sich für die Antwort der Verwaltung auf seine schriftlich eingereichten Fragen zum Dammbau.

Des Weiteren fragte er aber noch an, weshalb am 9. Juli, dem Tag vor der Stadtratssitzung, eine Beratung stattfand, an dem der spätere Sieger der Ausschreibung teilgenommen habe. Aus den Gesprächsprotokollen dazu gehe klar hervor, dass Details zum Dammbau und auch zum Thema Ausschreibung besprochen worden sind.

Auch wurde auf seine Anfrage zum Vergabeverfahren in der Antwort der Verwaltung auf die Chronik verwiesen, jedoch nicht beantwortet, wie viele Angebote es gab und wie die ausgeschriebene Bausumme von 4,9 Mio. € sich zusammensetzt und Herr Scholtyssek bat um weitere Informationen dazu.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** informierte darüber, dass es drei Angebote gab, was auch in der Chronik dargestellt wurde und die 4,9 Mio. € in der Akte zum Dammbau hinterlegt sind, welche durch Herrn Scholtyssek eingesehen werden kann.

Des Weiteren habe er auch schon in der Antwort deutlich gemacht, dass die Entscheidung der Vergabekammer rechtswidrig sei, weil dort eine Zuordnung getroffen wurde, wozu die Vergabekammer nicht befugt ist. Die Rechtsmittel werden durch die Verwaltung entsprechend geprüft und über das Ergebnis der Prüfung werde er dem Stadtrat berichten.

### **Anfrage Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion, zum Maßnahmenplan zur Fluthilfe**

---

**Frau Dr. Wünscher** merkte an, dass in der Sondersitzung des Stadtrates die Maßnahmenliste zur Fluthilfe beschlossen und dann nach Magdeburg geschickt wurde und sie fragte jetzt an, ob die Beschlusslage ausreiche, um schon jetzt in dringenden Fällen, zum Beispiel beim MMZ, Anträge bei der Investitionsbank zu stellen oder ob es weiterer Beschlüsse des Stadtrates bedarf.

Dazu teilte **Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft** mit, dass der Antrag für das MMZ bei der Investitionsbank eingereicht wurde und es von dort die Auskunft gab, dass der Stadtratsbeschluss als Grundlage für den Antrag ausreiche. Eine Vorlage werde zurzeit erstellt und nach der Dezernatsbeteiligung im Finanzausschuss zur Diskussion gegeben.

### **Anfrage Herr Misch, CDU-Fraktion, zu Flächennutzung des Marktplatzes**

---

**Herr Misch, CDU-Fraktion**, informierte über eine Veranstaltung der Martin-Luther-Universität Halle zum Thema „Lungentag“, welche parallel zum Salzfest auf dem Marktplatz am vergangenen Samstag auf dem Universitätsplatz stattfand.

Von Seiten der Mitarbeiter wurde das große Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht, dass man im Vorfeld der Veranstaltung, mit der Zielsetzung, recht viele Menschen zu erreichen, am Rande des Salzfestes, am Rande des Marktes, einen Stellplatz haben wollte und dieses Ansinnen von der Stadt zurückgewiesen wurde.

Vor dem Hintergrund der Diskussionen um die MLU halte er diese Entscheidung der Verwaltung für bedauerlich und er fragte an, wer diese Entscheidung getroffen habe und ob sich die Stadt vorstellen könnte, im nächsten Jahr eine so wichtige Veranstaltung dahingehend zu berücksichtigen, dass sie an einem zentraleren Standort durchgeführt werden kann.

Dazu teilte **Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, mit, dass die Stadt nicht Veranstalter des Salzfestes sei, sondern ein privater Veranstalter, welcher die Flächen am Hallmarkt, am Markt und die Leipziger Straße bis vor die Ulrichskirche beantragt hatte.

Demzufolge war es nicht so, dass die Stadt den Veranstaltern der Martin-Luther-Universität den Platz verwehrt habe, sondern der private Veranstalter. Man werde aber versuchen, in den nächsten Jahren dafür zu sorgen, dass diese Veranstaltung einen gebührenden Platz in der Stadt bekommt.

Bezug nehmend auf die Aussagen von Frau Dr. Marquardt fragte **Herr Misch** an, ob den Mitarbeitern der Martin-Luther-Universität die Auskunft gegeben wurde, dass nicht die Stadt Veranstalter des Salzfestes ist und sie sich mit Ihrem Anliegen an den privaten Veranstalter wenden müssten.

**Frau Dr. Marquardt** sagte eine Prüfung der Angelegenheit zu.

### **Anfrage Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE, zum TOP 10.5 Bauvorhaben Turnhalle Kastanienallee**

---

Zur Informationsvorlage zum Bauvorhaben Turnhalle Kastanienallee merkte **Herr Trömel** an, dass auf Seite 11 eine Empfehlung des Fachbereiches Rechnungsprüfung vorgegeben wurde, wie zukünftig mit Entscheidungen umgegangen werden soll. Aus diesem Grund fragte er Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand, wie er in Zukunft diese Empfehlungen umsetzen wolle.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** antwortete darauf, dass eine Verwaltungsvorschrift mit der einheitlichen Darstellung der gesamten Abläufe gemeinsam mit den Stadträten erarbeitet werden soll.

### **Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zur Auftragsvergabe an externe Juristen**

---

*Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde ein Wortprotokoll erstellt.*

#### **Herr Krause**

Ich habe ein paar kleine Fragen, aber nichts desto trotz auch wichtige Fragen. Ich beziehe mich auf die Rundverfügung 17/13 vom 30. Mai des Landesverwaltungsamtes zum Thema Beauftragung von Rechtsanwälten.

Da werden die kommunalen Gebietskörperschaften, respektive die kreisfreien Städte insbesondere, darauf hingewiesen, dass sie geeignetes Personal einzustellen haben und dieses dann sozusagen für die Rechtsstreite auch einzusetzen haben.

Wenn ich richtig liege oder wenn ich richtig gerechnet oder nachgezählt habe, haben wir im Rechtsamt allein neun Leute, die sozusagen die Befähigung haben zum Richteramt. Und in der weiteren Verwaltung noch einmal vier, somit komme ich auf 13.

Wie kann es dann sein, dass wir so viele Rechtsstreite nach außen geben?  
Das ist meine Frage.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Herr Krause, das ist eine Entscheidung, die der Oberbürgermeister trifft. Ich habe ja auch die Frage beantwortet, in Spezialfällen, wo ich fachspezifisches Wissen benötige, die von den entsprechenden Verwaltungsmitarbeitern nicht da ist. Es ist immer eine Einzelfallentscheidung.

Sie haben jetzt Bezug genommen auf dieses Rundschreiben des Landesverwaltungsamtes. Auf Grund der starken Irritationen des Schreibens, auch im Hinblick auf die Proteste, die eingegangen sind, hat das Landesverwaltungsamt gestern, vorgestern dieses Rundschreiben korrigiert und modifiziert, weil es in der Tat nicht angehen kann, vorzuschreiben, wer welche Gutachten, wann, wie in Auftrag gibt und wer, was dann auch durchführt.

Insoweit hat sich das Landesverwaltungsamt korrigiert. Ich würde Ihnen das gern nochmal zukommen lassen, weil sie sich da selber in ihrer Antwort modifiziert haben.

**Herr Krause**

Mich würde auch nochmal interessieren, zu welchen Themen nach außen was vergeben wird. Also, wo im Grunde die Rechtskompetenz fehlt.

Also, wenn wir hier 13 oder 14 Beamte haben, die die Befähigung haben zum Richteramt und wir geben trotzdem noch so viel raus, das halte ich für hinterfragenswert. Das ist kein Vorwurf, das ist eine Frage.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Ich würde dazu eine Aufstellung machen, um Ihnen das nochmal darzustellen und daraus kann man eben auch die Grundsätze ableiten, unter welchen Voraussetzungen eine solche Herausgabe erfolgt.

**Herr Krause**

O. k.

**Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zur rechtlichen Würdigung des Urteils der Vergabekammer**

---

*Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde ein Wortprotokoll erstellt.*

**Herr Krause**

Sie haben eben gesagt, wie haben Sie sich ausgedrückt, die Vergabekammer hat nicht Recht geurteilt oder rechtswidrig.

Ich hätte gern von Ihnen eine Begründung, worauf sich das bezieht. Also was, Sie können das auch schriftlich machen, es muss nicht mündlich sein.

Ich hätte gern eine rechtliche Würdigung dessen und auch eine rechtliche Würdigung über die Grundlage der Vergabe der Baumaßnahmen Gimritzer Damm.

Auf welcher Rechtsgrundlage, das können Sie auch schriftlich übergeben, welche Rechtsgrundlage ist das, worauf die Vergabe fußt, würde ich gerne wissen.

## **Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zur Rechnungslegung Gimritzer Damm**

---

*Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde ein Wortprotokoll erstellt.*

### **Herr Krause**

Dann würde ich gern noch eine weitere Frage loswerden.

Ist eine Rechnung fällig gestellt worden, mit Blick auf die Aktivitäten zum Gimritzer Damm, Baumfällarbeiten, Planungsleistungen etc.? Ist inzwischen eine Rechnung fällig gestellt worden? Wenn ja, in welcher Höhe?

### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Nein.

### **Herr Krause**

Noch nicht?

Ist es angekündigt, dass eine Rechnung kommt? Wissen Sie was davon?

Ich meine, es sind ja Leistungen erbracht worden.

### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Mehr kann ich Ihnen dazu momentan nicht sagen.

### **Herr Krause**

O. k.

### **Herr Krause**

Eine weitere Frage. Wer hat eigentlich die Stadtwerke beauftragt, Leistungen zu erbringen und vor allem, welche Leistungen sind gebracht worden und was hat das gekostet?

Die Stadtwerke sind ja tätig geworden im Rahmen dessen, was um den Gimritzer Damm passiert ist.

Sie haben doch Leistungen ausgelöst, oder?

Sind keine Leistungen erbracht worden, von den Stadtwerken?

### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Nein.

### **Herr Krause**

O. k., also auch keine Kosten entstanden?

### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Nein.

### **Herr Krause**

O. k., danke.

*Ende des Wortprotokolls.*

## **Anfrage Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion, zu Pferderentagen**

---

**Herr Dr. Wend** informierte, dass die Pferderennbahn in diesem Jahr ihren 100. Geburtstag feiert und er fragte an, ob die Stadt dazu etwas geplant hätte.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, bedankte sich für den Hinweis. Die Stadt werde über eine Würdigung nachdenken.

#### **Anfrage Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion, zur Mühlgasse**

---

**Herr Dr. Wend** merkte an, dass die Mühlgasse vom Domplatz aus in Richtung Mühlgraben als Einbahnstraße ausgeschildet sei, welche in beide Richtungen mit Fahrrädern befahren werden kann. Er bat um Prüfung einer Beschilderung, da die Straße sehr unübersichtlich wäre.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte eine Prüfung und schriftliche Beantwortung zu.

#### **Anfrage Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion, zur TOO GmbH**

---

**Herr Dr. Wend** nahm Bezug auf einen weiteren Vorschlag von Herrn Stiska in der inhaltlichen Debatte zur Theater, Oper und Orchester GmbH und fragte Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand, wie substantiell dieser den Vorschlag einschätze und welche Rolle dieser neue Vorstoß von Herrn Stiska in seinen Überlegungen spiele.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

#### **Anfrage Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE, zur Grundschule Dölau**

---

**Herr Sieber** bezog sich in seiner Anmerkung auf die Anfrage von Herrn Menn, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Anliegen des Fördervereins der Grundschule Dölau und führte dazu aus, dass er selbst Mitglied in diesem Verein sei und er der Antwort von Herrn Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, nicht zustimmen könne.

Der Bau des Bolzplatzes war mit der Schulleitung und laut Verein mit dem Schulverwaltungsamt abgestimmt. Dann wurde vom Schulverwaltungsamt signalisiert, dass es beim Grünflächenamt Anlagen gäbe, die übernommen werden könnten, um später festzustellen, dass die Angelegenheit über den Eigenbetrieb ZGM geklärt werden müsse, welcher dem Verein einen Pachtvertrag vorlegte, der aber nicht unterzeichnet worden ist. Und noch vor der Sommerpause wandte sich der Verein mit seinem Anliegen an das Dienstleistungszentrum Bürgerengagement und bis jetzt sei von dort noch keine Antwort dazu erfolgt.

**Herr Sieber** fragte in diesem Zusammenhang an, wie die Verwaltung eine schnelle und einfache Erreichbarkeit für die Bürger umsetzen wolle.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** teilte dazu mit, dass durch Herrn Kogge als Ansprechpartner schon Frau Dr. Radig benannt wurde, welche zu diesem Thema zur Verfügung stehen wird.

Desweiteren führte er aus, die von Herrn Sieber kritisierte Verfahrensweise in der Verwaltung überprüfen zu lassen.

## **Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zur Städtepartnerschaft**

---

**Herr Bönisch** informierte über ein Schreiben, in welchem eine litauische Stadt ihr Interesse daran bekundet habe, mit der Stadt Halle (Saale) in eine Partnerschaftsbeziehung zu kommen. Er fragte an, wie die Stadtverwaltung jetzt damit umgehen werde.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, merkte dazu an, dass es von den Stadträtinnen und Stadträten einen Antrag mit einer Willensbekundung dazu geben müsse bzw. eine Beschlussvorlage der Verwaltung.

Er wies aber auch darauf hin, dass aufgrund der finanziellen Lage der Stadt und da es schon viele Partnerstädte gäbe, dies noch nicht weiter vorangetrieben worden sei.

Da die Anfrage nicht an die Stadtverwaltung gestellt wurde, verwies **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** zur weiteren Verfahrensweise auf die Aussagen von Herrn Bartl. Durch die Verwaltung werde es auch noch eine schriftliche Stellungnahme dazu geben.

## **zu 12 Anregungen**

---

### **zu 12.1 Anregung Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE, zu Sprechzeiten**

---

Zur Geschäftsordnung regte **Herr Sieber** an, die Sprechzeiten der Stadträte eventuell zusammenzulegen, damit es möglich sei, ohne Unterbrechung einmal für zehn Minuten zu einem Thema zu sprechen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, verwies darauf, dass es höchstens acht Minuten Redezeit geben könnte, dies aber im Moment laut Geschäftsordnung nicht möglich sei und intern diskutiert werden müsse.

### **zu 12.2 Anregung Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zu Veranstaltungen auf dem Marktplatz**

---

Bezug nehmend auf Veranstaltungen auf dem Marktplatz regte **Herr Feigl** an, zur Information für die Bürger an geeigneter Stelle ein Transparent mit dem Motto der jeweiligen Veranstaltung anzubringen.

### **zu 12.3 Anregung Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Radverkehr**

---

**Herr Wehrich** regte an, an der Kreuzung Geiststraße/Uniring während der Bauphase eine Lösung für den Radverkehr zu suchen, da dort noch immer keine Route für Fahrradfahrer ersichtlich sei.

#### zu 12.4 Anregung Herr Kley, FDP-Fraktion, zur Sitzordnung im Stadtrat

---

**Herr Kley** regte an, eine Möglichkeit zu suchen, die Sitzpositionen der Stadträte zu ändern, da zum Beispiel seine Fraktion aus dem Sichtfeld gerückt sei und die vorgeführte Präsentationen nicht verfolgen konnte.

#### zu 12.5 Anregung Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, zur Beschilderung in der Kleinen Ulrichstraße

---

An Herrn Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, gewandt, regte **Herr Dr. Meerheim** an, in der Kleinen Ulrichstraße das Schild mit 10 km/h zu entfernen, da es sich dort um eine Spielstraße handeln würde, in welcher sowieso nur Schritttempo gefahren werden dürfe.

#### zu 13 Anträge auf Akteneinsicht

---

##### zu 13.1 Anträge auf Akteneinsicht: CDU-Fraktion offene Einsichtnahmen

---

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, erinnerte noch einmal an den Antrag auf Akteneinsicht in die Vertragsunterlagen mit der Firma Rauschenbach und Kollegen. Bis jetzt läge noch kein Termin dazu vor.

**Herr Bürgermeister Geier** merkte dazu an, dass umgehend eine Einladung dazu erfolgen werde.

**Herr Bönisch** führte weiterhin aus, dass jetzt noch ein Antrag der CDU-Fraktion auf Akteneinsicht in die Unterlagen zum Deichbau vorliege.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete die 47. öffentliche Sitzung des Stadtrates.

---

Dr. Bernd Wiegand  
Oberbürgermeister

---

Harald Bartl  
Vorsitzender des Stadtrates

---

Anja Schneider  
Protokollführerin